

Einheit und Widerspruch

Theoretisches und Diskussionsorgan der Partei der Arbeit Österreichs

Heft 9 – Juli 2021

Impressum

ISSN: Print: 2663-4945 | Online: 2663-4953

Partei der Arbeit Österreichs (PdA)

pda@parteiderarbeit.at

www.parteiderarbeit.at

Bennoplatz 6/Eingang Bennogasse 7

1080 Wien

© bei den Autoren

Wien, 2021

Eigenverlag

Herstellung: Frick Kreativbüro & Onlinedruckerei e.K., Krumbach

Einheit und Widerspruch

**Theoretisches und Diskussionsorgan
der Partei der Arbeit Österreichs (PdA)**

Heft 9 – Juli 2021



Inhalt

7 Editorial

Von Dominik Maier für die Redaktion

10 Die Bolschewisierung – Wesen, Hintergründe und
Schlussfolgerungen

Von Tobia Carfora

61 Der General an der zweiten Geige

Von Tibor Zenker

70 Historische Einblicke in die proletarische Frauenbewegung
und ihre Notwendigkeit heute

Von Marie Jaeger

Anhang

81 75 Jahre Befreiung von Faschismus und Fremdherrschaft

Editorial

Von Dominik Maier für die Redaktion

Die österreichische Regierung versucht, die Bevölkerung glauben zu machen, wir hätten die aktuelle Corona-Pandemie weitgehend überstanden. Und zwar angeblich „ganz gut“ – eine Bewertung, die für die Befindlichkeit des österreichischen Kapitals durchaus zutreffend sein mag. Ob die größten Folgen der aktuellen Pandemie für die Gesundheit der Völker der Welt tatsächlich bereits überstanden sind, wird sich aber erst zeigen. Hinsichtlich ihrer Folgen für den internationalen Klassenkampf zwischen Kapital und Arbeit sowie für die zwischenimperialistischen Auseinandersetzungen stehen wir jedoch wohl erst am Anfang.

Der Umgang des Kapitals mit der Pandemie bleibt bezeichnend für die Prioritäten des kapitalistischen Systems. Seit dem ersten Lockdown wurde als Kriterium für einen möglichen weiteren Lockdown festgesetzt, ob die Anzahl der notwendigen Intensivbetten jene der verfügbaren ansonsten laut Prognose überschreiten würde. Was in bürgerlichen Medien von der Kronenzeitung über sogenannte „Qualitätsmedien“ bis hin zum ORF ohne den Funken einer Kritik hingenommen und sogar propagiert wurde, muss man sich einmal auf der Zunge zergehen lassen: Von Anfang an wurde in Kauf genommen, dass zahlreiche Menschen krank wurden, mitunter so schwer, dass sie wochenlang auf der Intensivstation mussten und oftmals daran starben oder bis heute an Long Covid leiden. Es ging der Regierung nicht um den Schutz der Bevölkerung vor der neuen Krankheit, sondern lediglich um die Verhinderung eines völligen Kollabierens des österreichischen Gesundheitssystems. Letzteres hätte aus Sicht des Kapitals wohl ein zu großes Risiko bedeutet, dass sich die Arbeiterklasse und das österreichische Volk diese Politik nicht weiter gefallen lassen. Für das Kapital ist nicht die Gesundheit einer Arbeiterin der Maßstab für Entscheidungen, sondern ihr profitables Funktionieren am Arbeitsplatz.

Erst entsprechend spät begann im November 2020 der zweite Lockdown, in welchem die Intensivbettenkapazitäten tatsächlich an ihre Grenzen kamen. Hätte er früher begonnen, wäre sein antiviraler Effekt um ein Vielfaches größer gewesen und die Infektionszahlen wären gar nicht so hoch geworden. Die massive Verspätung (nach Maßgabe einer effektiven Pandemiebekämpfung) ist aber nicht einfach einer Unfähigkeit oder Kurzsichtigkeit der Regierung zuzuschreiben. Der kapitalistische Staat ist seiner Aufgabe durchaus nachgekommen, im Vorfeld die Interessen verschiedener, einander teils widersprechender Kapitalkräfte abzuwägen und auszutarieren. Dabei ist davon auszugehen, dass auch Kapitalkräfte mitgemischt haben, die an einem möglichst langen (freilich kapitalfreundlich gestalteten) Lockdown interessiert waren, um eine ohnehin krisenhafte Situation mit hohen staatlichen Umsatzausgleichszahlungen zu überbrücken. Die massiven gesundheitlichen und sozialen Folgen für Arbeiterklasse und Volk sollten dem nicht im Weg stehen.

Demgegenüber darf überlegt werden, welche Vorzüge der Sozialismus im Umgang mit einer Pandemie hätte. Dazu heißt es in der online-Ausgabe des Zentralorgans unserer Partei, der Zeitung der Arbeit, unter anderem: *„Natürlich hätte auch eine sozialistische Planwirtschaft mit einer Pandemie zu kämpfen. Sie hätte jedoch ganz andere Bedingungen und Möglichkeiten, darauf zu reagieren. Zunächst einmal würde sie der Gewissheit, dass früher oder später eine vergleichbare Pandemie kommen könnte, schon im Vorfeld Taten folgen lassen und sich – wie auf andere mögliche Katastrophen – entsprechend darauf vorbereiten. Sie wäre dazu erstens in quantitativ viel größerem Maß imstande als der Kapitalismus: Weil die sozialistische Planwirtschaft produktiver ist als die kapitalistische Anarchie und weil für sie Vorhaben von längerfristigem Nutzen integraler Bestandteil sind, anstatt dass diese mühsam gegen kurzfristige Profitinteressen ankommen müssen. Zweitens wären solche Vorbereitungen qualitativ von ganz anderer Natur, denn auch hier würde schlagend werden, dass es um die Bedürfnisse des Volks geht: Die Verschiebungen der Bedürfnisse in verschiedenen Katastrophenszenarien könnten bereits antizipativ durchgespielt werden, insbesondere auch die Bedürfnisse der Bedürftigsten und Gefährdetsten. Während einer Pandemie, wie wir sie gegenwärtig erleben, wäre ein wesentlicher Unterschied schon einmal die*

Abwesenheit von sozialen Ängsten, Armut, Arbeitslosigkeit, Ohnmacht und Perspektivlosigkeit im Sozialismus. Der Kapitalismus schafft es derzeit, dass viele Arbeiterinnen und Arbeiter der gesundheitlichen Bedrohung gar nicht richtig entgegenreten, geschweige denn sie in den Fokus nehmen können, da sie gänzlich durch die vom Kapital aufgebürdeten sozialen Bedrohungen gebunden sind und tatsächlich mehr ums finanzielle und soziale als ums gesundheitliche Überleben kämpfen müssen. Diese Probleme gäbe es in einer sozialistischen Gesellschaft nicht, man könnte sich in viel stärkerem Maß der Bekämpfung der Pandemie widmen und dabei an einem Strang ziehen.“ (Zeitung der Arbeit 2020)

In der vorliegenden Ausgabe der Einheit und Widerspruch ist insbesondere der Text eines jungen Genossen hervorzuheben: In einer ausführlichen und detailreichen Analyse ergründet Tobia Carfora das Wesen der Bolschewisierung und legt ihre historischen Hintergründe sowie die Schlussfolgerungen dar, die daraus gezogen werden können. Die Bolschewisierung wird dabei als „*Dreh- und Angelpunkt in der Formierung kommunistischer Parteien weltweit*“ angesehen, von dem ausgehend Allgemeingültiges darüber zu sagen ist, „*was eine Partei neuen Typs eigentlich zu sein heißt*“. Der Autor zieht wertvolle Lehren aus der Geschichte und trifft damit qua historischer Analogie auch den Kern heutiger Auseinandersetzungen innerhalb der kommunistischen Bewegung. Heute wie damals geht es um das Zurückschlagen eines massiven opportunistischen Einflusses innerhalb der revolutionären Bewegung. Heute wie damals geht es um das endgültige Durchtrennen von Bruchlinien zu opportunistischen Kräften, mit denen man in alter, mitunter gar zu trauriger Eintracht oft länger als nötig organisatorisch und politisch verwoben blieb. Heute wie damals geht es also um nicht weniger als um das Wiedererlangen der weltweiten Einheit der revolutionären Kräfte. Die Leninsche Losung „*Klarheit vor Einheit*“ bleibt deutliches Unterscheidungsmerkmal zwischen revolutionären und opportunistischen Kräften. Lenin über die Einheit: „*Die Einheit ist eine große Sache und eine große Losung! Doch die Arbeitersache braucht die Einheit unter den Marxisten, nicht aber die Einheit der Marxisten mit den Gegnern und Verfälschern des Marxismus.*“ Vermieden werden müssen „*Sektiererei und Engstirnigkeit*“ sowie „*Formlosigkeit und Verschwommenheit*“, wie

der junge Autor die seinerzeit noch jüngere Kommunistische Internationale einleitend zitiert.

Nachträglich zum 200. Geburtstag von Friedrich Engels erscheint hier weiters ein Text des PdA-Vorsitzenden Tibor Zenker über eben jenen Mitbegründer der wissenschaftlichen Weltanschauung. Es handelt sich um eine biografische Skizze entlang des Werks und Wirkens von Engels, eine Darstellung seines Verhältnisses zu Karl Marx und dem Marxismus, eine *„ehrlische Ehrbekundung ohne übertriebene Überhöhung“*, um festzuhalten: *„Wenn Marx der Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus war und Engels dessen Mitbegründer – so war Engels auch derjenige, der für seine Verbreitung, Vertiefung, Verteidigung und zwischenzeitliche Durchsetzung sorgte.“*

Marie Jaeger zeichnet in ihrem Aufsatz den historischen Ursprung der proletarischen Frauenbewegung und ihrer eigenständigen Organisierung nach und begründet die Bedeutung des 8. März als internationalen Frauenkampftag sowie die Aktualität der Notwendigkeit des Klassenkampfes auch in diesem Kampffeld. Sie schließt sich dabei Engels an, der die Unterdrückung der Frau als die *„erste Klassenunterdrückung“* verstanden hat. Weiters geht sie auf die Situation der Frau im heutigen Monopolkapitalismus ein und legt dar, dass nur der Sozialismus *„die ökonomische Basis für die vollkommene Gleichstellung von Mann und Frau“* bilden kann.

Abschließend dokumentieren wir die Erklärung des Parteivorstands von 8. Mai 2020 über die Befreiung von Faschismus und Fremdherrschaft.

Literatur

Zeitung der Arbeit (2020): Kapitalistische Widersprüche und Sozialismus in Krise und Pandemie. Online verfügbar unter <https://zeitungderarbeit.at/klassenkampf/kapitalistische-widerspruche-und-sozialismus-in-krise-und-pandemie>, zuletzt geprüft am 05.06.2021.

Die Bolschewisierung – Wesen, Hintergründe und Schlussfolgerungen

Von Tobia Carfora

„Die Kommunisten haben zu lernen, der Scylla der Sektiererei und Engstirnigkeit wie der Charybdis der Formlosigkeit und Verschwommenheit zu entrinnen.“ (Kommunistische Internationale 1925c)

Vorwort

Die Kenntnis der eigenen Geschichte ist ein unabdingbarer Schritt in Richtung der Bewusstwerdung der riesigen Fußstapfen, in die wir täglich, zuweilen ohne allzu viel darüber nachzudenken, treten. Lassen wir die historischen Erkenntnisse, das unermessliche Vermächtnis nationaler und, damit eng verwoben, internationaler marxistisch-leninistischer Politik außer Acht, werden wir vielleicht nicht heute oder morgen, gewiss aber übermorgen straucheln, in irrige Wege abgleiten, die uns Abkürzungen scheinen mögen, oder blindlings gegen eine Wand rennen, ohne den gemachten Fehler zu erkennen. Die Bolschewisierung der Parteien ist eines jener Themen, die in Vergessenheit geraten sind oder kleineredert wurden, die aber, wenn man es genau bedenkt, in der weiteren Folge unentbehrlich geworden sind, ohne die es möglicherweise durch die faschistischen Repressionen auf lange Sicht keine funktionierende kommunistische Organisation mehr gegeben hätte. Es war der (durchwegs erfolgreiche) Versuch, den Erfahrungsschatz der Bolschewiki auszuwerten, die eigene Praxis daran zu orientieren, ohne aber die jeweiligen nationalen Besonderheiten zu vernachlässigen. Dieser Schritt war keineswegs mit einem Mal getan, im Gegenteil, es handelte sich dabei um einen langwierigen Klärungsprozess, der seine Höhen und Tiefen hatte.

Nach dem großen Verrat der Sozialdemokratie, dem Verrat der II. Internationale von 1914 (die inneren Widersprüche waren freilich schon

vorher sichtbar geworden), waren sich viele wahrhafte MarxistInnen auf internationaler Ebene der Tatsache bewusst, dass ein Bruch vonnöten geworden war. Wie tief, wie radikal, war zunächst strittige Meinungssache. Der Zorn jedoch einte sie gegen den gemeinsamen Feind – wie rigoros dagegen anzugehen sei, welche Strategie man verfolgen wollte, darüber gab es Meinungsverschiedenheiten. Jemand, der bereits einen Plan gefasst hatte und nicht gerade zum Diskutieren aufgelegt war, war der Bolschewik Wladimir Iljitsch Uljanow. Die Bolschewiki hatten zu jener Zeit nicht die Berühmtheit (oder die Autorität in Fragen der Strategie und Taktik), die sie im Zuge der Oktoberrevolution erlangten. Da sie sich noch des Zarismus entledigen und relativ oft in der Illegalität agieren mussten, wurden sie von den FührerInnen der II. Internationale eher stiefmütterlich behandelt, Lenin galt ihnen als schroff und kompromisslos. Da er sich gegen eine Illusion des Friedens in Europa stellte, zugleich die pazifistischen Anwendungen der SozialdemokratInnen heftig attackierte und dabei auf die objektiv revolutionär gewordene Situation während des Ersten Weltkriegs im Westen hinwies, geriet er mehr und mehr in internationale Isolation und wurde als russischer Exot behandelt (vgl. Vatlin 2009, S. 11–13). Karl Kautsky, indessen zum Renegaten geworden, hatte mittels der Theorie des Ultraimperialismus einen Weg gefunden, den Marxismus von innen auszuhöhlen und stellte mittlerweile das materialistische Konzept der Entwicklung vom Kapitalismus in den Sozialismus-Kommunismus infrage. Die Frage, warum sich Lenin so oft über Kautsky ärgert und ihn an mehreren Stellen wissenschaftlich auseinandernimmt (man denke allein an prominente Stellen in STAAT UND REVOLUTION, DER OPPORTUNISMUS UND DER ZUSAMMENBRUCH DER II. INTERNATIONALE, LINKER RADIKALISMUS – DIE KINDERKRANKHEIT IM KOMMUNISMUS und natürlich DIE PROLETARISCHE REVOLUTION UND DER RENEGAT KAUTSKY) ist ganz einfach zu beantworten: Kautsky war einer der ersten marxistischen SozialdemokratInnen, deren Werke (neben ausgewählten Klassikern von Marx und Engels) nach Russland gelangten und dort übersetzt und verbreitet worden waren (etwa ab 1894) (vgl. Nevskij 2008, 60,62,90). Kautsky war lange Zeit als Hoffnungsträger für eine Linkswendung der Sozialdemokratie vor dem ersten Weltkrieg angesehen worden, in seinem 1909 erschienenen Werk DER WEG ZUR

MACHT sprach er sich noch ausdrücklich für die Revolution, für eine Diktatur des Proletariats und gegen Koalitionsregierungen mit bürgerlichen Kräften aus. Diese Art wahrheitsgetreuer Rückbesinnung auf Marx und Engels wurde ihm noch im selben Jahr von Otto Bauer u.a. abgedreht, mit gleichermaßen beruhigenden wie verlogenen Worten à la: „*Heute aber braucht uns um die Möglichkeit, im gewerkschaftlichen Kampfe Erfolge zu erringen, noch lange nicht bange zu sein.*“ (Bauer 1909, S. 340). Heutzutage würde man im politischen Diskurs von einer Beschränkung auf reine Defensivkämpfe sprechen.

1917 gelangten die Bolschewiki und v.a. Lenin zu großer Bekanntheit durch die Februarrevolution, vielmehr aber noch und unauslöschlich durch die Große Oktoberrevolution. Das Erringen der Macht und das Halten dieser Macht über den Bürger- und Interventionskrieg hinaus bestätigten die Thesen Lenins und den ideologischen Führungsanspruch der Bolschewiki auf internationaler Ebene. Die Verknüpfung des Marxismus mit dem Leninismus als zunächst nur russisch geglaubtes Phänomen wurde zur drängendsten Frage auch für den Westen.

Die Gründung der III. Internationale, der Kommunistischen Internationale (kurz: Komintern) im Jahre 1919 gab Lenin und den Bolschewiki die Möglichkeit, die von der Sozialdemokratie losgelösten oder sich spaltenden Parteien, Gruppierungen und Organisationen unter einem großen internationalen Dachverband zu sammeln, den gerechtfertigten Hass gegenüber der reformistischen, opportunistischen und kriegstreiberischen Sozialdemokratie in eine disziplinierte und fruchtbare politische Arbeit in und mit den Massen zu verwandeln, um sie letztendlich vom schädlichen Griff der Konterrevolution zu befreien.

1. Lenins Kampf gegen die Sozialdemokratie und die Aufnahmebedingungen der Komintern

Ich möchte dem Vorwort noch ein einleitendes Kapitel beigegeben, worin zwei wichtige (chronologische, aber auch politische) Vorbedingungen der Bolschewisierung zumindest angesprochen werden: Zum einen ist das Lenins Herangehensweise an die Sozialdemokratie nach ihrem historischen Verrat: Wie schätzt er sie ein, wie beschreibt er sie?

Zum anderen die Resolution des zweiten Kongresses der Komintern über die 21 Bedingungen. Beide Prämissen sind nicht voneinander zu trennen.

Schon von Anfang an wurde nämlich von den Bolschewiki (insbesondere von Lenin, aber auch von dem in diesem Zusammenhang besonders in den Vordergrund tretenden Grigori E. Sinowjew) sträflich darauf geachtet, welche Partei Mitglied werden durfte und welche nicht, v.a. ging es darum, ihren Grad an sozialdemokratischen Residuen zu ermitteln und diese gegebenenfalls auszumerzen oder den Beitritt einer solchen Partei ganz zu verhindern. In einer Ausgabe der Zeitschrift *Kommunistka* von August-September 1920 rekapituliert Lenin frohen Mutes den zweiten Komintern-Kongress derlei:

„Eine Weltarmee des revolutionären Proletariats kämpft heute für den Kommunismus. Auf dem eben beendeten Kongreß hat sich diese Armee ihre Organisation geschaffen und sich ein klares, genaues, ausführliches Aktionsprogramm gegeben. Der Kongreß hat die sofortige Aufnahme in die Kommunistische Internationale für jene Parteien abgelehnt, in deren Reihen noch einflußreiche Vertreter des ‚Menschewismus‘, des Sozialverrats, des Opportunismus vorhanden sind, wie z.B. bei den erwähnten Parteien, die aus der gelben, der II. Internationale ausgetreten sind. Der Kongreß hat in einer ganzen Reihe genau definierter Resolutionen dem Opportunismus jeden Zugang verschlossen, hat den bedingungslosen Bruch mit dem Opportunismus verlangt.“ (Lenin 1947, S. 777–778)

Lenin spart hierbei nicht mit militärischen Begriffen. Der Kongress bildet die Organisation dieser Weltarmee des Proletariats, durch die und in die der Zugang für den Opportunismus und Revisionismus verschlossen werden soll. Doch wie soll man objektiv die Ehrlichkeit von Parteien bzw. ihrer einzelnen Mitglieder prüfen können? Im Zuge des 2. Kongresses von 1920 geht Lenin in seiner am 30. Juli gehaltenen Rede auf den Einwurf des italienischen Delegierten Giacinto M. Serrati ein, der zu bedenken gegeben hatte, es wäre noch kein Sincéromètre erfunden worden, ein Werkzeug nämlich, womit man den Grad der Aufrichtigkeit im revolutionären Kampf hätte messen können. Lenin entgegnet, es gehe nicht darum, das reine Gewissen der

Menschen zu prüfen, sondern vielmehr um die richtige Beurteilung und Einschätzung der Lage (vgl. Institut für Marxismus-Leninismus 1951, 177, 181-182). Die Einschätzung der Lage widerspiegelt sich aber insbesondere auch in der Propagandaarbeit.

Es sei falsch, Propaganda und Agitation gänzlich von der objektiv revolutionären oder konterrevolutionären Situation abhängig zu machen:

„Aber sogar gesetzt den Fall, die Situation wäre konterrevolutionär, so macht die II. Internationale einen Fehler und lädt eine große Schuld auf sich, weil sie keine revolutionäre Propaganda und Agitation organisieren will, denn selbst in einer nichtrevolutionären Situation kann und muß man revolutionäre Propaganda treiben. Das ist durch die ganze Geschichte der Partei der Bolschewiki bewiesen. Darin besteht eben der Unterschied zwischen den Sozialisten und den Kommunisten, daß die Sozialisten es ablehnen, so zu handeln, wie wir es in jeder Situation tun, nämlich revolutionäre Arbeit zu leisten.“ (Institut für Marxismus-Leninismus 1951, S. 182)

Die kontinuierliche Ausrichtung auf den Sozialismus-Kommunismus in jeder Forderung, selbst in der (vom russischen Zarismus abhängigen) Unterscheidung von demokratischer (Kampf für den Sturz des Zarismus, Kampf um allumfassende demokratischere Rechte) und sozialistischer (Kampf gegen die Kapitalisten mit dem Ziel der Vernichtung der Klassengesellschaft und dem Organisieren der sozialistischen Gesellschaft) Propaganda und Agitation aus dem wenig beachteten DIE AUFGABEN DER RUSSISCHEN SOZIALDEMOKRATEN von 1898 wird hier deutlich (vgl. Lenin 1946, S. 152–153). Das Verständnis der Verwobenheit beider Kampfformen, die parallel verlaufen müssen, schwingt hier in der Auslegung der Einwürfe Serratis mit. Lenin macht auch keinen Hehl daraus, dass die um die Zeitschrift ORDINE NUOVO (u.a. Gramsci, Togliatti, Tasca und Terracini) versammelten GenossInnen dem Organisationsverständnis der Komintern näherstünden, als die SP Italiens und ihre Parlamentsfraktion. Lenin verglich die SP nämlich mit den Menschewiki: *„Diese wollen angeblich das Proletariat gegen die Reaktion verteidigen. Auch Tschernow, die Menschewiki und viele andere in Rußland ‚verteidigen‘ das Proletariat*

gegen die Reaktion, was indessen noch kein Grund ist, sie in unsere Mitte aufzunehmen.“ (Institut für Marxismus-Leninismus 1951, S. 182). Ein Lenin also, der sich von leeren Versprechungen nicht blenden lässt und Theorie, Praxis sowie Strategie und Taktik genauestens unter die Lupe nimmt. Weit davon entfernt, in den in der II. Internationale verbliebenen Parteien eine Unterscheidung zwischen Zentrum, linkem und rechtem Flügel zu machen, identifiziert Lenin deren Führer als regelrechte Klassenfeinde, als soziale Hauptstütze des Kapitals, die II. Internationale als „*Lakaien der internationalen Bourgeoisie*“ (Lenin 1984, S. 300) und bezeichnet die Gründung der Komintern als eine Kriegserklärung gegen die Sozialdemokratie insgesamt:

„Vor einem Jahr, auf dem 1. Kongreß, wurde nur das Banner des Kommunismus aufgepflanzt, um das sich die Kräfte des revolutionären Proletariats sammeln sollten. Der gelben, der II. Internationale, der die Sozialverräter angehören, die sich auf die Seite der Bourgeoisie geschlagen, gegen das Proletariat gewandt und sich mit den Kapitalisten gegen die Arbeiterrevolution verbündet haben, wurde damals der Krieg erklärt.“ (Lenin 1947, S. 777)

Um die Bolschewisierung wirklich verstehen zu können, müssen wir deshalb zwei Prämissen vor Augen haben: a) Lenins komplette Abkehr von und kompromisslose Kampfansage an die Sozialdemokratie, damit einhergehend der stetige Kampf gegen Reformismus und Opportunismus als Grundlage zur Formierung der kommunistischen Parteien, und b) die 21 Bedingungen zur Aufnahme in die Komintern als Vorbedingungen für die Bolschewisierung.

1920 nahm das Plenum des 2. Kongresses die Resolution über die Bedingungen der Aufnahme in die Kommunistische Internationale an, worin 21 Bedingungen aufgelistet wurden. Parallel bzw. begleitend dazu bieten sich besonders Lenins THESEN ÜBER DIE HAUPTAUFGABEN DES ZWEITEN KONGRESSES DER KOMMUNISTISCHEN INTERNATIONALE vom Juli 1920 zur Vertiefung und zum Verständnis an. Besondere Aufmerksamkeit habe ich den Bedingungen Nr. 2, 3, 6 und 9 gewidmet, da sie sich gut mit Zitaten von Lenin selbst verbinden lassen und darüber hinausgehend eine Basis für weitergehende

Diskussionen bieten. Daneben versuche ich auch auf die Bedingungen Nr. 1, 4, 11, 12, 13 und 18 in aller Kürze einzugehen, von den restlichen Bedingungen (wollte man sie alle 21 durchhexegieren, bräuchte es hierzu einen eigenen Artikel, der angesichts der Wichtigkeit des Dokuments auch seine Berechtigung besäße) musste ich aus Platzgründen leider absehen.

Als erste Bedingung wurde gefordert, dass Propaganda und Agitation einen kommunistischen Charakter hätten und dem Programm und den Beschlüssen der Komintern entsprächen. Alle Presseorgane der Partei müssten von zuverlässigen KommunistInnen redigiert werden, die ihre Hingabe an die Sache bereits unter Beweis gestellt hätten. Presse und Parteiverlag müssten dem ZK der jeweiligen Partei unterstellt werden (auch in Zeiten der Illegalität). Dabei ist zu beachten: *„In den Spalten der Presse, in den Volksversammlungen, den Gewerkschaften, den Genossenschaften – überall, wohin die Anhänger der III. Internationale Zutritt erlangen, muß man nicht nur die Bourgeoisie, sondern auch ihre Helfershelfer, die Reformisten aller Schattierungen, systematisch und unbarmherzig brandmarken.“* (Kommunistische Internationale 1920) Wenn man sich hierbei Lenins Darlegungen über Pressearbeit aus Was tun ? hinzudenkt, wird einem erst gewahr, für wie wichtig Lenin diese Arbeit hielt, nicht umsonst steht sie als allererster Punkt der 21 Bedingungen. Wer sich nun zurecht fragt, wie Lenin kommunistische Propaganda und Agitation genau definiert hat, der/die möge sich in den zuvor genannten Artikel DIE AUFGABEN DER RUSSISCHEN SOZIALDEMOKRATEN von 1898 vertiefen, der auch wichtige Fragen der Bündnisarbeit behandelt.

Die zweite Bedingung fordert, dass jede Partei planmäßig aus allen vergebenen Posten in verantwortungsvollen Ämtern (Parteiorganisationen, Redaktionen, Gewerkschaften, Parlamentsfraktionen usw.) ReformistInnen und AnhängerInnen des Zentrums entfernt und sie durch bewährte KommunistInnen ersetzt, *„[...] ohne sich daran zu kehren, daß man mitunter in der ersten Zeit ‚erfahrene Führer‘ durch einfache Arbeiter wird ersetzen müssen.“* (Kommunistische Internationale 1920). Lenin gibt hierzu nähere Auskunft:

„Die Vorbereitung der Diktatur des Proletariats erfordert daher nicht nur Aufklärung über den bürgerlichen Charakter eines jeden Reformismus, einer jeden Verteidigung der Demokratie bei Aufrechterhaltung des Privateigentums an den Produktionsmitteln, nicht nur Entlarvung der Äußerung solcher Tendenzen, die in Wirklichkeit gleichbedeutend sind mit der Verteidigung der Bourgeoisie innerhalb der Arbeiterbewegung, sie erfordert auch Ersetzung der alten Führer durch Kommunisten in ausnahmslos allen proletarischen Organisationen, nicht nur den politischen, sondern auch den gewerkschaftlichen, genossenschaftlichen, kulturellen usw.“ (Lenin 1966, S. 179)

Lenin fordert also das Ersetzen aller früheren sozialdemokratischen Funktionäre durch KommunistInnen, da die reine „Aufklärung über den bürgerlichen Charakter eines jeden Reformismus“ noch zu wenig ist, um ihm tatsächliche Schläge zu versetzen, und bereits die „Äußerung solcher Tendenzen“ die Verteidigung der Bourgeoisie bedeutet. Das Ziel, die „Vorbereitung der Diktatur des Proletariats“ stellt er seinen Überlegungen voran. Aber wie kam diese Arbeiteraristokratie überhaupt an die Macht?

„Je andauernder, vollständiger und festgefügt die Herrschaft der bürgerlichen Demokratie in einem Lande war, desto mehr gelang es der Bourgeoisie, die Posten mit solchen Führern zu besetzen, die von ihr erzogen, von ihren Anschauungen und Vorurteilen durchdrungen und sehr häufig von ihr direkt oder indirekt bestochen waren. Man muß diese Vertreter der Arbeiteraristokratie oder der verbürgerten Arbeiter hundertmal kühner als bisher von allen ihren Posten verdrängen und sie durch Arbeiter ersetzen, selbst wenn diese ganz unerfahren sind, die Hauptsache, sie sind mit der ausgebeuteten Masse verbunden und genießen ihr Vertrauen im Kampf gegen die Ausbeuter.“ (Lenin 1966, S. 179)

Je stärker also die Bourgeoisie eines Landes ist, je höher ihre Reichweite und Möglichkeiten reichen, desto mehr gelingt es ihr, sich in der Arbeiterbewegung einzunisten, oftmals verbunden, wie Lenin sagt, mit direkter oder indirekter Bestechung. Jedoch ist die materielle Komponente nur eine von vielen, er spricht nicht umsonst von Erziehung, Anschauungen und Vorurteilen – eben von Verbürgerlichung, die es zu verdrängen gilt.

Bedingung Nr. 3 geht davon aus, dass in fast allen Ländern der Klassenkampf in die Phase des Bürgerkriegs übergehe und dass es unter solchen Verhältnissen falsch sei, auf die bürgerliche Legalität zu vertrauen. Deshalb werden alle Mitgliedsparteien dazu verpflichtet, „[...] überall einen parallelen illegalen Organisationsapparat zu schaffen, der im entscheidenden Moment der Partei helfen soll, ihre Pflicht gegenüber der Revolution zu erfüllen.“ (Kommunistische Internationale 1920). Mit der Aussicht eines dermaßen zugespitzten Klassenkampfes, dass bereits von Bürgerkrieg die Rede ist, dürfte der Punkt wohl für jedermann einleuchtend klingen, auch hinsichtlich der zeitlichen Umstände, in denen das Dokument entstanden ist. Tatsächlich aber geht Lenin in seinen Thesen noch viel weiter. Er weitet diese Forderung auf alle KPs aus, unabhängig von Grad und Entfaltung bürgerlicher Demokratie ihres jeweiligen Landes: *„Für alle Länder, sogar für die freiesten, ‚legalsten‘ und ‚friedlichsten‘ in dem Sinne, daß sich dort der Klassenkampf weniger scharf äußert, ist die Zeit gekommen, da die systematische Verbindung von legaler und illegaler Arbeit, von legaler und illegaler Organisation für jede kommunistische Partei eine unbedingte Notwendigkeit ist.“* (Lenin 1966, S. 183). Der parallele illegale Organisationsapparat erklärt sich für Lenin u.a. mit einem heutzutage sehr prominenten Thema, nämlich dem der Bespitzelung, Abhörung – staatlicher Überwachung eben, die sich am Anfang des 20. Jahrhunderts etwa durch *„Aufstellung der geheimen Listen der Kommunisten“* äußerte ebenso wie auch heutzutage in den *„Verletzungen ihrer eigenen Verfassung“*:

„Denn auch in den aufgeklärtesten und freiesten Ländern mit der ‚stabilsten‘ bürgerlich-demokratischen Ordnung nehmen die Regierungen entgegen ihren verlogenen und heuchlerischen Erklärungen bereits systematisch ihre Zuflucht zur Aufstellung von geheimen Listen der Kommunisten, zu endlosen Verletzungen ihrer eigenen Verfassung, um die Weißgardisten und die Ermordung von Kommunisten in allen Ländern halboffiziell oder insgeheim zu unterstützen, zur geheimen Vorbereitung von Verhaftungen der Kommunisten, zur Einschleusung von Provokateuren in die Reihen der Kommunisten usw. usf.“ (Lenin 1966, S. 183)

Man wird die Ähnlichkeiten zur Gegenwart wohl kaum bestreiten können, auch wenn wir analoge Praktiken eher aus der Ferne ken-

nen und in Österreich nicht unbedingt unsere Partei davon als erste betroffen ist, was etwa durch die Schwäche der Arbeiterbewegung in Österreich insgesamt zu erklären ist. Ist eine adäquate Größe der Organisationen erst erreicht, wird es aber für den österreichischen Staat ebenso notwendig werden, Spitzel und „Provokateure“ in unsere Reihen einzupflanzen, und wir werden darauf vorbereitet sein müssen. KritikerInnen dieses Umstellungsmodells bezeichnete Lenin als *„reaktionärstes Spießertum“*:

„Nur reaktionärstes Spießertum, in wie schöne ‚demokratische‘ und pazifistische Phrasen es sich auch hüllen mag, kann diese Tatsache oder die unerläßliche Schlußfolgerung daraus bestreiten, daß alle legalen kommunistischen Parteien unverzüglich illegale Organisationen schaffen müssen, um systematisch illegale Arbeit zu leisten und sich gründlich auf den Augenblick vorzubereiten, in dem die Verfolgungen durch die Bourgeoisie einsetzen.“ (Lenin 1966, S. 183)

Lenins Zeilen leiten nahtlos von Bedingung Nr. 3 auf Nr. 4 über, worin festgelegt wird, dass jede Partei dazu verpflichtet sei, hartnäckig und planmäßig Propaganda in der Armee zu verbreiten. Bei Verbot müsse man auf illegale Methoden umsteigen: *„Die Ablehnung einer solchen Arbeit wäre gleichbedeutend mit einem Verrat an der revolutionären Pflicht und unvereinbar mit der Zugehörigkeit zur III. Internationale.“* (Kommunistische Internationale 1920) Überspringt man den Punkt 3 in der Phase des Aufbaus einer revolutionären Partei, ist man bei Verbot einer planmäßigen Propaganda in der Armee beispielsweise handlungsunfähig. Anders ausgedrückt: Der illegale Organisationsapparat spielt in sehr vielen Etappen des Aufbaus einer kommunistischen Partei eine maßgebliche Rolle und kann nicht auf die Zeit dunkelster Reaktion verschoben (in den Faschismus kann er sowieso nicht verschoben werden, da es dann bereits zu spät wäre) werden, im Gegenteil, man verliert bei Vernachlässigung dieses modus operandi einen bitter nötigen Handlungsspielraum.

Laut Bedingung Nr. 6 muss jede Partei nicht allein den offenen Sozialpatriotismus, sondern auch die Heuchelei des Sozialpazifismus entlarven und: *„[...] den Arbeitern systematisch vor Augen [zu] führen, daß ohne*

revolutionären Sturz des Kapitalismus keinerlei internationale Schiedsgerichte, keinerlei Abkommen über Einschränkung der Kriegsrüstungen, keinerlei ‚demokratische‘ Reorganisation des Völkerbundes imstande sein wird, die Menschheit vor neuen imperialistischen Kriegen zu bewahren.“ (Kommunistische Internationale 1920) Über pazifistische Anwandlungen und Illusionen in eine Friedensmöglichkeit unter kapitalistischen Verhältnissen schreibt Lenin ausführlich, indem er den Bogen weit hin zur Unmöglichkeit eines friedlichen Hineinwachsens in den Sozialismus spannt:

„In der konkreten Lage, wie sie in der ganzen Welt und vor allem in den fortgeschrittensten, mächtigsten, aufgeklärtesten und freiesten kapitalistischen Ländern durch den Militarismus und Imperialismus, durch die Niederhaltung der Kolonien und schwachen Länder, durch das imperialistische Weltgemetzel und den ‚Frieden‘ von Versailles geschaffen worden ist, ist jeder Gedanke an eine friedliche Unterordnung der Kapitalisten unter den Willen der Mehrheit der Ausgebeuteten, an einen friedlichen Übergang zum Sozialismus durch Reformen nicht nur ein Beweis extremen spießbürgerlichen Stumpfsinns, sondern auch ein direkter Betrug an den Arbeitern, eine Beschönigung der kapitalistischen Lohnsklaverei, eine Verbehlung der Wahrheit. Diese Wahrheit besteht darin, daß die Bourgeoisie, sei sie noch so aufgeklärt und demokratisch, heute nicht mehr zurückschreckt vor Betrug und Verbrechen, vor der Hinschlachtung von Millionen Arbeitern und Bauern, um das Privateigentum an den Produktionsmitteln zu retten. Nur der gewaltsame Sturz der Bourgeoisie, die Konfiskation ihres Eigentums, die Zerstörung des gesamten bürgerlichen Staatsapparats von unten bis oben, des parlamentarischen, gerichtlichen, militärischen, bürokratischen, administrativen, kommunalen Apparats usw., bis zur völligen Vertreibung oder Internierung der gefährlichsten und hartnäckigsten Ausbeuter, ihre strenge Überwachung zwecks Bekämpfung der unausbleiblichen Versuche, Widerstand zu leisten und die kapitalistische Sklaverei wiedereinzuführen – nur solche Maßnahmen sind geeignet, die tatsächliche Unterwerfung der ganzen Ausbeuterklasse zu gewährleisten.“ (Lenin 1966, S. 174–175)

Lenin zerstört also jegliche Illusion in die Möglichkeit des Friedens unter kapitalistischen Umständen, aber auch über einen friedlichen

Übergang in den Sozialismus und entzieht somit jedem wie auch immer gearteten Pazifismus den Boden. Auch schwingt hier die These aus Marx' BÜRGERKRIEG IN FRANKREICH mit, wonach der Staatsapparat nach der Revolution nicht einfach übernommen werden könne, sondern zerstört und komplett neu besetzt werden müsse, mit der Pariser Kommune als herausragendem Beispiel. Lenin widmet sich diesem Punkt bekanntlich besonders in STAAT UND REVOLUTION. Auf die Frage, warum Lenin hier mehr Zeit in der Aufklärung über den Pazifismus als über den Chauvinismus investiert, kann man entgegen, dass die III. Internationale sowieso aus der Abkehr vom Sozialchauvinismus der II. Internationale heraus entstanden ist und sich Lenin in anderen Schriften bereits zur Genüge darüber ausließ. Gerade dieser Punkt musste also in den Köpfen der damaligen KPs bereits zu einem gewissen Grad geklärt gewesen sein – letztlich geht es darum, zu erkennen, dass Sozialpatriotismus und Sozialpazifismus nur zwei Seiten derselben Medaille darstellen. Sie sind Konstrukte bürgerlicher Ideologie und zielen direkt oder indirekt auf Spaltung, Lähmung und Konfusion der Arbeiterbewegung.

Das längere Lenin-Zitat dient überdies als Überleitung zur nächsten Bedingung: Als siebten Punkt listet die Komintern nämlich die Notwendigkeit auf, vollständig mit dem Reformismus und der Politik des Zentrums zu brechen und diesen Bruch weiterzupropagieren: *„Ohne das ist eine konsequente kommunistische Politik nicht möglich.“* (Kommunistische Internationale 1920) Das sei, so Lenin in seinen Thesen, unbedingte Prämisse für die Vorbereitung der Diktatur des Proletariats und erfordere ebenfalls einen *„veränderten Charakter dieses Kampfes“*:

„Daher erfordert die Vorbereitung der Diktatur des Proletariats nicht nur einen verstärkten Kampf gegen die reformistischen und ‚zentristischen‘ Tendenzen, sondern auch einen veränderten Charakter dieses Kampfes. Der Kampf darf sich nicht darauf beschränken, daß man die Irrigkeit dieser Tendenzen nachweist, man muß auch unerbittlich und rücksichtslos jeden Führer der Arbeiterbewegung entlarven, der diese Tendenzen an den Tag legt, denn sonst kann das Proletariat nicht erkennen, mit wem es in den entscheidenden Kampf gegen die Bourgeoisie gehen wird.“

Das ist ein Kampf, bei dem in jedem Augenblick die Waffe der Kritik durch die Kritik der Waffen ersetzt werden kann und, wie die Erfahrung bereits gezeigt hat, auch ersetzt wird. Jede Inkonsequenz oder Schwäche bei der Entlarvung derjenigen, die sich als Reformisten oder ‚Zentristen‘ erweisen, vergrößert direkt die Gefahr eines Sturzes der proletarischen Staatsmacht durch die Bourgeoisie, die morgen für die Konterrevolution das ausnutzen wird, was heute kurzsichtigen Leuten nur eine ‚theoretische Meinungsverschiedenheit‘ zu sein scheint.“ (Lenin 1966, S. 178)

Besonders hervorstechend ist hierbei die keinen Kompromiss zulassende Wortwahl Lenins: *„Das ist ein Kampf, bei dem in jedem Augenblick die Waffe der Kritik durch die Kritik der Waffen ersetzt werden kann [...]“*, der Kampf gegen den Reformismus und Zentrismus wird bis zum blutigen Ende geführt – vernachlässigt man diesen Kampf, wird er sich früher oder später gegen einen selbst richten, da sich die Konterrevolution diese zunutze machen wird. Hierbei ist keine Inkonsequenz oder Schwäche erlaubt.

Bedingung Nr. 9 enthält die Umstrukturierung auf Zellen: Innerhalb der Gewerkschaften, der Arbeitersowjets, der Betriebsräte und in allen Massenorganisationen müsse kommunistische Arbeit geleistet werden. *„In diesen Organisationen muß man kommunistische Zellen bilden, um durch langwierige, hartnäckige Arbeit die Gewerkschaften usw. für die Sache des Kommunismus zu gewinnen.“* (Kommunistische Internationale 1920) Die Zellen hinwiederum seien dazu verpflichtet, tagtäglich den Verrat der Sozialdemokratie und das Zaudern des Zentrums zu entlarven. In ihrer Arbeit sind die Zellen außerdem komplett der Gesamtpartei unterworfen. Damit hängt, laut Lenin, auch die Erziehung der Massen zusammen:

„In ausnahmslos allen Organisationen, Verbänden und Vereinigungen, vor allem in den proletarischen, sodann aber auch in den nichtproletarischen der werktätigen und ausgebeuteten Masse (den politischen, gewerkschaftlichen, militärischen, genossenschaftlichen, kulturellen, sportlichen usw. usf.) müssen kommunistische Gruppen oder Zellen geschaffen werden, hauptsächlich legale, aber auch illegale, letztere unbedingt überall dort, wo mit ihrem Verbot und mit der Verhaftung oder Ausweisung ih-

rer Mitglieder durch die Bourgeoisie zu rechnen ist. Dabei müssen diese Zellen, die untereinander und mit der Parteizentrale eng verbunden sind, die ihre Erfahrungen austauschen, agitatorische, propagandistische und organisatorische Arbeit leisten, sich entschieden auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens betätigen, allen Spielarten und Unterteilungen der werktätigen Massen anpassen, durch diese vielseitige Arbeit sowohl sich selbst und die Partei als auch die Klasse und die Masse systematisch erziehen.“ (Lenin 1966, S. 180)

Auf die Wichtigkeit der Zellen gibt auch Gramsci in LA SITUAZIONE INTERNA DEL NOSTRO PARTITO ED I COMPITI DEL PROSSIMO CONGRESSO Aufschluss (Vgl. Gramsci 1973: 97-98), worüber noch zu sprechen sein wird.

Die elfte Bedingung betrifft noch einmal die Säuberung von sozialdemokratischen Elementen, diesmal mit Schwerpunkt auf die Zusammensetzung der Parlamentsfraktionen. Diese Fraktionen müssten den ZKs untergeordnet werden und von jedem darin agierenden Mitglied müsse gefordert werden, dass er seine gesamte Tätigkeit den Interessen einer wahrhaft revolutionären Propaganda und Agitation unterordnet. Auch dieser Bedingung widmet Lenin mehr Aufmerksamkeit:

„Insbesondere verdient eine kommunistische Gruppe oder Zelle die allgrößte Aufmerksamkeit und Fürsorge der Partei, nämlich die Parlamentsfraktion, d. h. die Gruppe der Parteimitglieder, die Abgeordnete in einer bürgerlichen Vertretungskörperschaft sind (vor allem in gesamtstaatlichen, aber auch in lokalen, kommunalen usw. Vertretungen). Einerseits ist gerade diese Tribüne in den Augen breitester Schichten der zurückgebliebenen oder von kleinbürgerlichen Vorurteilen durchdrungenen werktätigen Massen von ganz besonderer Bedeutung. Deshalb müssen die Kommunisten unbedingt gerade von dieser Tribüne aus propagandistische, agitatorische und organisatorische Arbeit leisten und die Massen darüber aufklären, warum die Auseinanderjagung des bürgerlichen Parlaments durch den gesamt-nationalen Sowjetkongress in Rußland berechtigt war (und zu gegebener Zeit in jedem beliebigen Lande berechtigt sein wird).“ (Lenin 1966, S. 180–181)

Womit Lenin nicht nur nach rechts austeilt, sondern auch nach links: Während (inzwischen in mehreren Punkten klargeworden) der Opportunismus und Revisionismus aus den Reihen der KP getilgt werden müssen, ist auch noch einmal die Wichtigkeit des Nutzens des Parlaments als Tribüne ausgesprochen, was einerseits gegen FührerInnen in Italien abzielt (A. Bordiga) sowie gegen Deutschland (R. Fischer beispielsweise) und die KP der Schweiz (vgl. Lenin 1966, S. 188). Weiters müssten die KPs den Parlamentsfraktionen gegenüber äußerste Strenge walten lassen:

„[...] sie völlig der Kontrolle und den Direktiven des Zentralkomitees der Partei unterstellen, sie überwiegend aus revolutionären Arbeitern zusammensetzen, die Reden der Parlamentarier aufmerksam vom Standpunkt der kommunistischen Prinzipienfestigkeit in der Parteipresse und in Parteiversammlungen analysieren, die Abgeordneten zur Agitationsarbeit unter den Massen abkommandieren, aus diesen Fraktionen diejenigen ausschließen, die Tendenzen der II. Internationale an den Tag legen usw.“ (Lenin 1966, S. 181)

Punkt zwölf fordert demokratischen Zentralismus, aber damit einhergehend auch eiserne Disziplin:

„In der gegenwärtigen Zeit des verschärften Bürgerkrieges ist die Kommunistische Partei nur dann imstande, ihre Pflicht zu erfüllen, wenn sie möglichst zentralistisch organisiert ist und eine eiserne, fast militärische Disziplin in ihr herrscht, wenn ihr Parteizentrum ein starkes, autoritatives Organ mit weitgehenden Vollmachten ist, das das allgemeine Vertrauen der Parteimitgliedschaft genießt.“ (Kommunistische Internationale 1920)

Die Notwendigkeit des demokratischen Zentralismus steht wohl außer Frage und muss hier nicht länger erörtert werden. Vielmehr steht, auch in der heutigen Debatte, die eiserne Disziplin im Vordergrund, die damals in den 21 Bedingungen, aber auch später in den Thesen über die Bolschewisierung (ebenso im Zuge der Forderung nach demokratischem Zentralismus) wiederholt worden ist. Es braucht die Disziplin der führenden Kader in der Ausführung als „autoritatives

Organ“, die Disziplin der Mitglieder in der rigorosen Durchführung der vom ZK resp. dem PV durchgesetzten Bestimmungen sowie aber auch die Disziplin derjenigen, die demokratisch-zentralistisch geführten Diskurs in der Minderheit geblieben sind. Hier spielen Qualitäten eine Rolle, die Gen. Kolias beispielsweise in seinem Artikel Die PdA als die revolutionäre Vorhut der Arbeiterklasse gesammelt hat:

„[...] die gelebte Kollektivität, die bewusste Disziplin, die Selbstaufopferung für die Zwecke der Partei, der Respekt gegenüber den Genossinnen und Genossen, die ideologisch-politische Standhaftigkeit, die unerschütterliche Überzeugung von der Notwendigkeit des Kampfes für den Sozialismus-Kommunismus und die Parteilichkeit oder der ‚Parteipatriotismus‘ bzw. ‚-stolz‘, also die bewusste und aktive Verteidigung der Ehre der Partei gegenüber jeden, der diese schädigt, verunglimpft, bedroht oder als Ganzes in Frage stellt.“ (Kolias 2018, S. 89)

In Punkt dreizehn wird eine periodische Reinigung des Mitgliederbestands gefordert, um die Partei von den kleinbürgerlichen Elementen zu säubern, *„die sich unvermeidlich an sie anheften“* (Kommunistische Internationale 1920).

Bedingung Nr. 15 fordert alle Parteien dazu auf, die bislang bei ihrem früheren sozialdemokratischen Programm geblieben sind, sich schleunigst ein neues, den Verhältnissen des jeweiligen Landes entsprechendes Programm zusammenstellen, das im Geiste der Beschlüsse der Komintern ausgearbeitet wurde. Diese müssten dann von dem Kongress der Komintern oder von ihrem Exekutivkomitee bestätigt werden (vgl. Kommunistische Internationale 1920).

Man sieht also anhand der aufgezählten Bedingungen, dass Lenin als konsequentester Zeuge des Verrats der Sozialdemokratie viel Mühe und Nerven darin investiert hat, einen von sozialdemokratischen Elementen gereinigten Dachverband der kommunistischen Parteien zu erschaffen. Dieser Dachverband aber forderte auch eine Umstrukturierung in den Wesenszügen der damaligen sich gründenden oder erst kürzlich gegründeten kommunistischen Parteien, um sie der erfolgreichen bolschewistischen Partei ähnlicher zu machen. Es ging dabei

auch um einen Versuch theoretischer und praktischer (jedoch nicht schematischer) Vereinheitlichung – zu diesem Zweck wurde auch die Bedingung Nr. 18 aufgestellt, wonach die kommunistischen Parteien dazu verpflichtet waren, „*alle wichtigen Dokumente des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale abzudrucken*“ (Kommunistische Internationale 1920).

Die Bedingungen Nr. 2, 6, 7 und 11 sind dem direkten Kampf gegen Sozialdemokratismus, Reformismus, Revisionismus gewidmet, die Nummern 1, 3, 9 und 13 etwa einer indirekten Verdrängung des schädlichen Elements. Richtig sind in dieser Hinsicht die Aussagen Bruno Freis: „*Für die internationale Arbeiterbewegung ist die Erkenntnis von entscheidender Wichtigkeit, daß der historische Sieg Lenins in einem lebenslangen Kampf gegen den Opportunismus in der Arbeiterbewegung errungen worden ist*“ (Frei 1970, S. 15) und Kurt Gossweilers: „*In der Nachfolge von Marx und Engels war es vor allem Lenin, der von Anbeginn seines politischen Wirkens ihren Kampf um die Reinhaltung der Arbeiterbewegung von jeglicher Spielart bürgerlicher Ideologie, insbesondere vom Revisionismus, in Theorie und Praxis fortsetzte*“ (Gossweiler 1997, S. 321). Die 21 Bedingungen geben nicht nur Einblick in die Verfasstheit der noch jungen III. Internationale, sondern auch in die Gedankengänge ihrer primären ProtagonistInnen und lassen die Schlussfolgerung einer faktischen Übereinstimmung der damals publizierten Dekrete, Dokumente und Resolutionen mit dem Denken Lenins insgesamt zu. Die 21 Bedingungen geben somit auch die Möglichkeit, den von bürgerlichen WissenschaftlerInnen erhobenen Vorwurf einer „Stalinisierung“ (Bayerlein et al. 2013, S. 57–58) der kommunistischen Parteien durch die Komintern zu zerstreuen. Tatsächlich erfolgte die Bolschewisierung in rigoroser Übereinstimmung mit dem Marxismus-Leninismus und in respektvoller Anerkennung von Lenins Wirken nach seinem Tod. Direkten Anlass dazu gab Lenin aber schon zu Lebzeiten.

2. Die Bolschewisierung

Die Bolschewisierung als Losung wurde im April 1925 in Form der Thesen über die Bolschewisierung der Parteien der Komintern aus-

gegeben. Diese besteht aus sieben Teilen und 30 Punkten. Die Punkte umfassen einen Großteil der kommunistischen Arbeitsgebiete und Betätigungsfelder, sie sind insgesamt von unschätzbarem Wert und von Anfang bis Ende zu vertiefen. Dennoch möchte ich mich, der Kürze halber, auf die für uns relevantesten Punkte konzentrieren. Nebenher sind noch die kürzeren Beiträge Resolution über die Entwicklung der Methoden und Formen der organisatorischen Erfassung der von den kommunistischen Parteien beeinflussten Massen sowie Rolle und Aufgaben der Agitprop-Arbeit bei der Bolschewisierung der Sektionen der Kommunistischen Internationale kurz anzusprechen und in die Arbeit zu integrieren, da sie zeitgleich mit den Thesen entstanden sind. Zum Einstieg seien noch einmal einige historisch relevante Ereignisse rekapituliert, die der Verschriftlichung der Thesen vorausgegangen sind, wobei besonders die unterschiedlichen Herangehensweisen der II. und der III. Internationale an die Interpretation des Kapitalismus zu beachten sind.

1923 scheiterte der Hamburger Aufstand unter Führung Ernst Thälmanns, in Sachsen und Thüringen wurden Arbeiterregierungen gewaltsam abgesetzt, der bulgarische Septemberaufstand unter Führung von Dimitrov sowie ein Aufstand in Krakau blutig niedergeschlagen. Die von der Großen Oktoberrevolution eingeleitete revolutionäre Periode neigte sich dem Ende zu. Der Kapitalismus erwachte zu neuem Leben und stabilisierte sich in Form gewaltiger Konzentrationsprozesse des Kapitals. Die Sozialdemokratie war darauf bedacht, die Umstände dahingehend auszulegen, der Kapitalismus habe letztendlich einen Weg gefunden, seine ihm innewohnenden Widersprüche aufzuheben und seine Krisenanfälligkeit zu überwinden. Damit hatte sie ein weiteres theoretisches Mittel gefunden, die um sie herum organisierte Arbeiterklasse zu belügen und schlimmer noch – zu lähmen.

Die Kommunistische Internationale war anderer Meinung: die Stabilisierung sei nämlich nur von kurzer Dauer. Hinzu komme die Ungleichmäßigkeit der Entwicklung der einzelnen kapitalistischen Länder, die die imperialistischen Widersprüche verstärken würden und zu neuen Krisen führen mussten (vgl. Garscha in: Autorenkollektiv 1977, S. 76–77). Entsprechend heißt es in den THESEN ÜBER DIE

BOLSCHEWISIERUNG DER PARTEIEN DER KOMINTERN: „Bereits zur Zeit des III. Weltkongresses der Komintern begann es klar zu werden, daß wir einer Phase mehr oder minder verlangsamter Entwicklung der Weltrevolution entgegengehen. Zur Zeit des V. Weltkongresses trat dies mit noch größerer Klarheit zutage“, und setzt sehr bezeichnend fort: „Bei einem langsamen und schleppenden Entwicklungsgang der Revolution gewinnt die Losung der Bolschewisierung keine geringere, sondern eine noch größere Bedeutung.“ (Kommunistische Internationale 1925c)
Das Argument lautet:

„Die rechten und schwankenden Elemente in der Komintern wie auch der Komintern nahestehende Elemente glauben, daß die Losung der Bolschewisierung der Parteien unangebracht sei, da eine rasche Entwicklung revolutionärer Ereignisse nun einmal fehlt. Sie vermögen es nicht zu begreifen, daß, wenn das Tempo der revolutionären Entwicklung sich verlangsamt, wenn im Zusammenhang damit die Schwankungen in gewissen Schichten des Proletariats zunehmen und die Stimmung zugunsten der konterrevolutionären Sozialdemokratie wächst, sich hieraus mit umso größerer Notwendigkeit die Losung der Bolschewisierung der Parteien ergibt. Denn gerade bei einer solchen Lage der Dinge haben die Kommunisten mit noch größerer Hartnäckigkeit darauf hinzuwirken, sich gegen Schwankungen einen festen Rückhalt zu schaffen, unseren Reihen die besten Elemente der proletarischen Vorhut zu erhalten und ihre Zahl zu erhöhen, die Fahne der proletarischen Revolution hochzuhalten und damit in der schwierigsten Situation einen solchen proletarischen Kern zu schmieden, der die proletarische Revolution unter jeder Art von Verhältnissen vorzubereiten und zu organisieren vermag.“ (Kommunistische Internationale 1925c)

In diesem Argument wird, aus heutiger Sicht zumindest, (damals war die Sache gewiss einleuchtender, wenn man bedenkt, wie zeitnah das Dokument noch am Jahr 1914 geschrieben worden ist) ein schlagender Beweis für die Unsinnigkeit einer wie auch immer gearteten These des geringeren Übels geliefert. Die Komintern versuchte, die Kommunistischen Parteien zum ständigen Erheben des Führungsanspruchs gewissermaßen zu erziehen. Wenn in einer ruhigen Zeit die Sozialdemokratie an Stimmen hinzugewinnt, verliert die Arbeiterklasse genau-

so, wie wenn jede andere x-beliebige bürgerliche Partei die Regierung stellt. Jede bürgerliche Regierung ist ein Kompromiss der Herrschenden zur Niederhaltung und Ausbeutung der Arbeiterklasse. Aus dem letzten Satz des längeren Zitats, der von besonderer Wichtigkeit ist, spricht der gewaltige Erfahrungsschatz der Bolschewiki, nicht etwa nur auf Russland bezogen, sondern im internationalen Maßstab. Impliziert wird in diesem Passus auch, dass durch die Bolschewisierung eine Möglichkeit geschaffen wird, Mitglieder über die Dauer revolutionärer Zeiten hinaus für sich zu gewinnen und den Mitgliederbestand auf lange Sicht zusammenzuschweißen, *„sich gegen Schwankungen einen festen Rückhalt zu schaffen, unseren Reihen die besten Elemente der proletarischen Vorhut zu erhalten und ihre Zahl zu erhöhen“* und diese nicht wiederum in scheinbar friedlicheren Zeiten an die Sozialdemokratie zu verlieren. Vordergründiges Ziel ist es, daraus funktionierende Kader zu formen, die in jeder Situation handlungsfähig sind und die Revolution unter allen Umständen vorantreiben können.

Gerade die (relative) Pause von den Kämpfen sei dafür zu nutzen, die eigenen Reihen zu stärken und zu festigen. Organisatorisch hieß das: Umstellung auf Betriebsorganisationen. Ideologisch hieß es: Aneignung des Marxismus-Leninismus. Hierzu war es notwendig, Leitungskader herauszubilden, die die Parteien neuen Typs konsolidieren sollten. Vom 5. Weltkongress der Komintern im Jahre 1924 wurde die Losung und Aufgabe der Bolschewisierung einer jeden Mitgliedspartei ausgegeben (vgl. Garscha in: Autorenkollektiv 1987, S. 83–84). Hierzu schreibt Tibor Zenker:

„In den Komintern-Sektionen wurde mit der Bolschewisierung in weiterer Folge auch eine kommunistische Arbeitsweise mit Planmäßigkeit der Parteiarbeit und Kontrolle der Ausführung forciert, ebenso die gezielte Kaderentwicklung, die Aktivierung der Parteizellen zu eigenständiger Arbeit sowie nicht zuletzt – so weit möglich – die strukturelle Umstellung auf Betriebszellen.“ (Zenker 2019: 49–50)

Die Thesen über die Bolschewisierung enthalten auch selbstkritische Passagen, die die getane Arbeit mancher kommunistischen Parteien im Nachhinein reflektieren: *„Die richtige Losung des III. Weltkongres-*

ses ‚Heran an die Massen‘ wurde zwei Jahre hindurch in einer Reihe von Ländern derart falsch angewandt, daß die reale Gefahr eines Ersatzes der selbständigen Taktik des Kommunismus durch eine Politik der ‚Koalition‘ der Kommunisten mit der konterrevolutionären Sozialdemokratie gegeben war.“ (Kommunistische Internationale 1925c). Dies ist, mit anderen Worten, ein trauriges Eingeständnis, dass die Worte und Erkenntnisse Lenins nicht in allen Ländern genug berücksichtigt worden sind. Schließlich ist die Losung der Bolschewisierung „[...] entstanden im Kampfe gegen die rechte Gefahr.“ (Kommunistische Internationale 1925c), sowie: „Die Bolschewisierung der Parteien hat sich auch in Zukunft vor allem und am meisten gegen diese rechten Entstellungen zu richten, die die geschichtliche Mission der Komintern direkt zu vernichten drohen.“ (Kommunistische Internationale 1925c) In Punkt IV wird diese geschichtliche Mission ausgesprochen: „In gewissem Sinne kann die gesamte Arbeit der Komintern als Bolschewisierung der Arbeiterparteien bezeichnet werden.“ (Kommunistische Internationale 1925c) Was sich eben auch durch die 21 Bedingungen untermauern lässt.

Auch sei die Bolschewisierung unmöglich, ohne die Zurückdrängung ultralinken Tendenzen, „[...] zum Beispiel in der Beteiligung an den reformistischen und reaktionären Gewerkschaften, könnte die kommunistischen Parteien für eine Reihe von Jahren direkt zerstören.“ (Kommunistische Internationale 1925c) Die KommunistInnen müssten eben lernen, „[...] der Scylla der Sektiererei und Engstirnigkeit wie der Charybdis der Formlosigkeit und Verschwommenheit zu entrinnen.“ (Kommunistische Internationale 1925c)

Gleichzeitig wird auch immer wieder darauf hingewiesen, (wahrscheinlich aufgrund gewisser Erfahrungen) dass es keinen Sinn macht, schematisch alle Erfahrungen der Bolschewiki auf andere Länder anzuwenden, da es hierfür kein „Allheilmittel“ gibt: „Die wirkliche Bolschewisierung erfordert vor allem eine genaue Berücksichtigung sämtlicher konkreten Umstände des Ortes und der Zeit.“ (Kommunistische Internationale 1925c) Bolschewisierung sei u.a. das Erlernen der Fähigkeit, die allgemeinen Grundsätze des Leninismus auf die gegebene Situation anzuwenden, die Fähigkeit, das maßgebliche Kettenglied zu ergreifen, welches alle anderen Glieder der Kette nachzieht. Au-

ßerdem sei Bolschewisierung ein dauernder, kontinuierlicher Prozess, „[...] *der in den besten europäischen Parteien der Komintern erst eingesetzt hat. Die Arbeit, die in dieser Hinsicht bevorsteht, ist eine ungeheure und erfordert zu ihrer Bewältigung eine Reihe von Jahren.*“ (Kommunistische Internationale 1925c). In der Schrift *Rolle und Aufgaben der Agitprop-Arbeit...* wird dieser Widerspruch zwischen Bestandteil und Ganzem (Gesamtheit der leninistischen Erkenntnisse & Erfahrungen vs. welche Erkenntnis und welche Erfahrung sind auf das eigene Land anzuwenden?) aufgehoben. Die Anforderung lautet, kurz zusammengefasst: „[...] *den Leninismus als Ganzes zu eigen zu machen und in ihrer politischen und organisatorischen Praxis an[z]uwenden. Nur innerhalb dieses theoretischen Ganzen und als seine Bestandteile können diese differenzierten, politischen und organisatorischen Maßregeln, die in verschiedenen Ländern in verschiedener Reihenfolge und Form zur Verwirklichung gelangen, [...].*“ (Kommunistische Internationale 1925b).
Denn:

„Nur innerhalb dieses theoretischen Ganzen können wir die beiden Gefahren vermeiden, die die kommunistischen Parteien beständig bedrohen, und zwar 1. die kommunistische Partei als ‚Selbstzweck‘ zu betrachten, als eine von den Massen isolierte Partei, und 2. die ‚Eroberung‘ der Massen in jenem Sinne zu verstehen, daß nicht die kommunistische Partei die Massen führt, sondern daß sie, dem spontanen Willen der Massen nachgebend, sich von letzteren mitführen läßt.“ (Kommunistische Internationale 1925b)

Womit auch sehr weitsichtig das immer wieder auftretende Problem der Nachtrabpolitik angesprochen wird. Die Bolschewisierung der Parteien bedeute aber auch, die revolutionären Erfahrungen sowie die revolutionäre Kultur der jeweiligen Länder miteinzubeziehen und sie nicht in Vergessenheit geraten zu lassen, kurz: die revolutionären Traditionen zu kennen, zu respektieren und zu berücksichtigen: *„Die Partei bolschewisieren bedeutet somit auch, sie, gestützt auf den Leninismus, zur bewußten Trägerin der Weiterführung all dessen zu machen, was wahrhaft revolutionär und wahrhaft marxistisch sowohl an der I. als auch an der II. Internationale war.“* (Kommunistische Internationale 1925c)

Die Komintern bekräftigte in ihren Thesen über die Bolschewisierung die Notwendigkeit einer Einheitsfront:

„Die Bolschewisierung der Parteien der Komintern schließt die Anwendung der Taktik der Einheitsfront durch diese Parteien nicht nur nicht aus, sondern setzt sie im Gegenteil geradezu voraus. [...] Die Taktik der Einheitsfront war und bleibt nichts anderes, als eine Methode der revolutionären Agitation und Organisation der Massen, das heißt des richtigen Herantretens der Kommunisten an die breiten Arbeitermassen im gegebenen Entwicklungsstadium, in dem die Sozialdemokratie in einer Reihe von Ländern noch die Mehrheit der Arbeiter hinter sich hat.“ (Kommunistische Internationale 1925c)

In der eingangs erwähnten Resolution über die Entwicklung der Methoden und Formen wird noch hinzugefügt, dass die Aufgabenstellung des Organisierens von Massenkampagnen, Demonstrationen und Einheitsfrontaktionen allein nicht ausreiche: *„Man muß verstehen, bei jeder derartigen Bewegung aus der mitgerissenen Masse die aktiven parteilosen, syndikalistischen und sozialdemokratischen Elemente herauszugreifen zur Eingliederung in die verschiedenen Agitations- und Aktionskomitees oder andere Einheitsfrontorgane, [...]“* (Kommunistische Internationale 1925a). Zudem sei auf allen Gebieten der Arbeiterbewegung *„[...] die gesamte Arbeit der Kommunisten so zu organisieren, daß dadurch nicht etwa eine Isolierung der Kommunisten erfolgt, sondern unsere Parteigenossen in ständiger Verbindung mit einer möglichst großen Zahl parteiloser, syndikalistischer und sozialdemokratischer Arbeiter stehen, um diese zu aktivisieren [sic] und dauernd zu beeinflussen.“* (Kommunistische Internationale 1925a). Für die heutige Zeit, in der die institutionalisierte Sozialdemokratie über keinen proletarischen Massenanhänger verfügt und parlamentarische Wahlen trotz einer gewaltigen Anzahl an NichtwählerInnen erfolgen, als besonders wichtig ist m.E. der zweimal erfolgte Verweis auf parteilose und syndikalistische Elemente einzuschätzen.

Die Frage von Reform und Revolution wird kurz, aber prägnant behandelt:

„Die Bolschewiki benützen jede Teilforderung zur Aufklärung der Massen über die Notwendigkeit der Revolution, bedienen sich ihrer, um an Hand konkreter Tatsachen den Massen die Unmöglichkeit einer halbwegs ernsthaften und dauernden, geschweige denn grundlegenden Verbesserung ihrer Lage bei Aufrechterhaltung der Macht des Kapitals vor Augen zu führen. Gleichzeitig zeigen die Kommunisten den Massen an Hand der Erfahrung, daß es gerade die Reformisten sind, die jeden ernsthaften Kampf um Teilforderungen sabotieren, und daß gerade die Kommunistische Partei, die auf Entfesselung der Machtkämpfe eingestellt ist, einzig und allein befähigt ist, den Kampf um die Tagesinteressen der werktätigen Massen konsequent zu führen und Anschläge auf ihren Lebensstandard abzuwehren.“ (Kommunistische Internationale 1925c)

Auch im Kampf um Teilforderungen muss also von den KommunistInnen der Anspruch erhoben werden, als einzige konsequent für deren Verwirklichung einzutreten, während jeder dieser Kämpfe wiederum die Möglichkeit bietet und bieten muss, die ReformistInnen dafür zu attackieren, dass sie den Kampf um Reformen in Wahrheit sabotieren. D.h., dass auch im Zuge gewöhnlicher Reformkämpfe der Kampf zweigleisig geführt werden muss, einerseits gegen das Monopolkapital, andererseits auch gegen dessen soziale Hauptstütze.

Der sechste Teil widmet sich Organisationsfragen, denn *„[...] auch die beste Politik einer Kommunistischen Partei wird nicht an die gesamte Parteimitgliedschaft und durch diese an die Arbeitermassen gelangen können, wenn der Partei nicht eine straffe, gut angepasste Organisation zur Verfügung steht“* (Kommunistische Internationale 1925c). Die Betonung liegt dabei auf „straff“. Als Haupt- und Grundform der Organisation benennt die Komintern die Zellen, genaugenommen die Betriebszellen. Für die KommunistInnen unannehmbar hingegen sei die Organisationsform, die auf Grundlage der Wahlkreise (mit Rücksicht auf die Parlamentswahlen) aufgebaut wird, da sie ein veraltetes, von der Sozialdemokratie übernommenes Organisationsprinzip darstellt: *„Eine echte bolschewistische Partei ist unmöglich, wenn die Organisation in ihrer Grundlage nicht auf den Betriebszellen beruht“* (Kommunistische Internationale 1925c). Daneben seien noch parteilose Hilfsorganisationen (als Beispiele werden Mieter-, Arbeitslosen-

und Kriegsteilnehmerorganisationen genannt) mit kommunistischen Zellen darin zu bilden, d.h. Vorfeldorganisationen, die nach außen parteilos scheinen, tatsächlich aber der Partei untergeordnet sind. Die Schaffung und Anleitung dieser Zellen und Vorfeldorganisationen obliegt der Parteileitung: *„Die Parteileitungen müssen der Arbeit der Zellen besondere Aufmerksamkeit widmen, mit diesen eine enge Verbindung herstellen, sie instruieren, für sie Material ausarbeiten und verbreiten und sie zur Behandlung und Entscheidung aller politischen, ökonomischen und Parteifragen heranziehen.“* (Kommunistische Internationale 1925c). Die Resolution über die Entwicklung der Methoden und Formen enthält zu diesem Thema mehr Empfehlungen(!) zu Bildungsmöglichkeiten von Massen- und Vorfeldorganisationen, so beispielsweise auch die Gründung der Roten Hilfe sowie die Entfaltung einer parteilosen Verlagstätigkeit im Interesse der Revolutionierung der Massen. Dies aber alles im Einklang mit den gegebenen Umständen eines Landes und natürlich der objektiven Größe der Partei und ihres Einflusses: *„Außerdem ist es für jede einzelne Partei bei dieser Arbeit notwendig, möglichst planmäßig die Aufgaben auszuwählen, die sie als ihre nächsten Stoßaufgaben in Angriff nehmen sollen. Durch eine planlose Zersplitterung der aktiven kommunistischen Kräfte auf allzu viele neue Arbeitsgebiete wird nichts Ersprießliches erreicht“* (Kommunistische Internationale 1925a). Die Parteimitglieder *„[...] sollen sich bei dieser Arbeit nur nicht in der Masse verlieren, sondern sich als revolutionäre Organisatoren der Massenaktivität bewähren“* (Kommunistische Internationale 1925a). Es leuchtet ein, dass, wenn man in einer Partei, einer Jugendorganisation aktiv ist, die eine gewisse Größe nicht überschreitet, es mehr als unzweckmäßig ist, die wenigen zur Verfügung stehenden Kräfte auf zehn verschiedene Bündnisse für politische Teilfragen zu verteilen. Im Gegenteil wäre es angebracht, sich einem Problem nach dem anderen zu widmen und zu lernen, das dadurch gewonnene Potential und Wachstum auch aufrechterzuhalten. Hierdurch versteht man i.w.S. auch besser, was Gen. Maier einmal sehr treffend formuliert hat: *„Sektierertum entscheidet sich nicht daran, in wie breiten Bündnissen mit anderen politischen Gruppierungen man aktiv zu sein bereit ist, sondern daran, wie sehr man bereit ist, sich direkt an die Arbeiterklasse und Volksschichten zu wenden und wie sehr man die eigene Politik an dieser Hinwendung orientiert. Insofern bedingt oftmals*

gerade Bündnispolitik Sektierertum [...]“ (Maier 2016). Hier sieht man aber auch, wie sehr die Komintern die Erkenntnisse Lenins gewürdigt und berücksichtigt hat, der sich schon in Die Aufgaben der russischen Sozialdemokratie gegen eine solche Art der Kräftezersplitterung gewandt und eine Konzentration der Kräfte propagiert hat. (Vgl. Lenin 1946: 150-151)

Zum Thema Organisationsfragen gehört auch die Herausbildung und Erziehung von Parteikader:

„Solche Kaders [sic] entstehen nicht nur auf dem Wege organisierter Wahlen, sondern in der Hauptsache durch die Auslese in der praktischen Arbeit. Der Prozeß der Auslese dieser Kaders [sic] erfordert lange Zeit. Von der Betriebszelle aufwärts bis zur Parteizentrale kann diese Auslese nur aus dem Wege einer langwährenden Erprobung im Kampfe geschehen.“ (Kommunistische Internationale 1925c)

Kader befassen sich mit der Revolution nicht als Nebenbeschäftigung, sondern müssen restlos im revolutionären Kampf aufgehen und der Partei in jeder Hinsicht zur Verfügung stehen. Sie müssen eine komplette Negation des sozialdemokratischen Funktionärs oder Beamten darstellen und unter den Massen zu leben und zu arbeiten verstehen, dabei immer im Bilde haben, dass sie von der Partei jederzeit woandershin versetzt werden können. Von großer Bedeutung sei es auch, dass diese Kader gerade aus Arbeitern erzogen werden (vgl. Kommunistische Internationale 1925c). Dem zugrunde liegt die innerparteiliche Disziplin und Demokratie: *„Unter allen Verhältnissen aber hat die kommunistische Partei eine gewisse Freiheit der innerparteilichen Kritik, einen Geist der Gleichheit der Parteimitglieder untereinander, eine Zuverlässigkeit der höheren Organe den ihnen unterstehenden Zellen gegenüber, das Prinzip der Wählbarkeit usw. zu wahren.“* (Kommunistische Internationale 1925c), wobei die Disziplin ein besonders gewichtiger Punkt ist, da von ihr der Ausgang revolutionärer Kämpfe überhaupt abhängt:

„Eiserne proletarische Disziplin ist eine der wichtigsten Voraussetzungen der Bolschewisierung. Parteien, auf deren Banner ‚Diktatur des Proleta-

riats' steht, müssen sich klar sein, daß von einer siegreichen proletarischen Diktatur ohne eine eiserne Disziplin der Partei, jener Disziplin, die im Laufe von Jahren und Jahrzehnten erworben wird, keine Rede sein kann. Für die Bolschewiki handelt es sich nicht um die Wiederholung schablonenhafter sozialdemokratischer Phrasen über den Nutzen der Disziplin überhaupt, sondern darum, zu begreifen, daß man den Bürgerkrieg nicht führen kann, die politische Macht nicht erobern und die proletarische Diktatur nicht behaupten und befestigen kann ohne die allerstrengste, auf ideelle Einmütigkeit gegründete innere Disziplin, ohne die der Erfolg im Bürgerkrieg von vornherein zum Scheitern verurteilt ist.“ (Kommunistische Internationale 1925c)

Analoge notwendige Anpassungen an die gegebenen Umstände umfassen auch den Parteiapparat, der bei zu rasch erfolgter Vergrößerung zu Schwerfälligkeit tendiert und dadurch zur Bürokratisierung. Dagegen müsse ein Apparat geschaffen werden, der voll funktionsfähig ist und den Interessen der Partei entspricht (Kommunistische Internationale 1925c).

Empfohlen wird zudem ein Arbeitsplan, der sich auf ein halbes oder ganzes Jahr erstreckt und konsequent durchgezogen wird: *„Die Kontrolle der Ausführung der gefaßten Beschlüsse muß unseren sämtlichen Organisationen in Fleisch und Blut übergehen. Lieber weniger Beschlüsse fassen, dafür aber deren praktische Ausführung um jeden Preis durchsetzen, ‚Lieber weniger, dafür aber besser.‘ (Lenin)“* (Kommunistische Internationale 1925c) Auch hier wiederum spielt die Frage der Kräftekonzentration eine maßgebliche Rolle.

3. Die Bolschewisierung der KPÖ

Informationen zum Thema der Bolschewisierung in Österreich finden sich in unterschiedlicher Weise in Büchern zur Geschichte der KPÖ, einerseits in GESCHICHTE DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI ÖSTERREICHS – 1918-1955 KURZER ABRISS sowie im detailreicheren DIE KOMMUNISTISCHE PARTEI ÖSTERREICHS – BEITRÄGE ZU IHRER GESCHICHTE UND POLITIK. In beiden Veröffentlichungen hat sich Winfried R. Garscha dem Thema als Fachmann gewidmet

und es entsteht teilweise der Eindruck, als müsse man die jeweiligen Kapitel, in denen die Bolschewisierung behandelt wird, komplementär zueinander lesen.

Da die Werke Lenins noch nicht so bekannt waren, begann die Bolschewisierung in Österreich gewissermaßen mit der Herausgabe seiner Schriften. Ab Mai 1924 gab der Verlag für Literatur und Politik die Zeitschrift ARBEITERLITERATUR heraus, die in unregelmäßigen Abständen Übersetzungen von Aufsätzen Lenins (und anderer Komintern-Funktionäre) veröffentlichte. Diese Zeitschrift war auch unter SozialdemokratInnen bekannt. Zur ideologischen Festigung diente auch die Herausgabe des ersten Theorieorgans der KPÖ: Die Zeitschrift DER BOLSCHEWIK erschien einmal am 24. September und am 3. November 1924. In Form von 20 Thesen, die sich auf Kommunalprogramme der KPD und der KPČ stützten, erfolgte die Umstellung auf Betriebszellen und die Auseinandersetzung mit den syndikalistischen Vorstellungen der Toman-Fraktion. Dass man sich hierbei auf die Erfahrungen deutscher und tschechoslowakischer GenossInnen berief, zeigt, wie wichtig die internationale Arbeit auch für die KPÖ geworden war.

Die Partei belebte unterdessen die Schulungstätigkeit wieder und schickte sich an, marxistisch-leninistische Kader herauszubilden. Zur Führung der österreichischen Arbeiterklasse und zur Lösung der schwierigen Aufgabe der Bolschewisierung war in mehrerer Hinsicht Johann Koplenig prädestiniert, da er tatsächlich Bolschewik war: In russischer Kriegsgefangenschaft hatte er die Oktoberrevolution miterlebt, war in Organisationen der österreichischen Kriegsgefangenen tätig geworden und wurde 1918 in Nischni Nowgorod als Mitglied der KPR (B) von Lazar Kaganovič aufgenommen, ehe er 1920 in seinen Geburtsort Knittelfeld zurückkehrte (vgl. Spira 1952, S. 48).

Die KPÖ sah sich vor einigen personellen Aufgaben gestellt, namentlich ging es darum, die Partei auf die Linie der Bolschewiki zu hieven, dabei Rechts- und Linksopportunismus auszuklammern. Diese Periode dauerte laut Garscha vom 6. bis zum 8. Parteitag und war von einer lähmenden Krise gekennzeichnet, die es der KPÖ verunmöglichte,

ordentlich in die Klassenkämpfe der Zeit einzugreifen (vgl. Garscha in: Autorenkollektiv 1977, S. 77). Probleme bereitete ihr dabei u.a. Elfriede Eisler-Friedländer (besser bekannt unter dem Namen Ruth Fischer), die nach dem Verbot der KPD in Österreich Unterschlupf gefunden hatte. Mit ihr zusammen arbeitete der russischstämmige Arkadij Maslov, sie bildeten zusammen das Führungspaar des linken Flügels in der KPD und trieben ihre Sache in der KPÖ weiter. Die Auseinandersetzungen der KPD überlagerten somit für eine gewisse Zeit die Fraktionskämpfe der KPÖ (vgl. Garscha in: Autorenkollektiv 1987, S. 84–85). Die Entfernung der Fischer-Maslov-Gruppe und die Bildung des Thälmann-ZKs wirkten so auch in gewisser Weise wohl-tuend auf die KPÖ ein. Internationale Unterstützung bekam die KPÖ in der Person Georgi Dimitrovs, der sich nach dem blutig niederge-schlagenen bulgarischen Septemberaufstand 1923 in Österreich versteckte. Gleichzeitig war Dimitrov aber für die sog. Balkanföderation zuständig (die Griechenland und Rumänien miteinschloss):

„Von allen KI-Funktionären leistete er der KPÖ die hilfreichste Unter-stützung, während ihn andererseits österreichische Kommunisten kons-pirativ abschirmten und ihm damit die schwierige, halblegale Tätigkeit in der Balkanföderation ermöglichten. Die Erfahrungen in der illegalen Arbeit, die die KPÖ dabei sammelte, kamen ihr später, als sie selbst unter den Bedingungen eines faschistischen Regimes kämpfen mußte, zustat-ten.“ (Garscha in: Autorenkollektiv 1987, S. 88)

Dimitrov blieb bis 1926 in Österreich, widmete sich aber ab August 1924 verstärkt der Balkanföderation. Seine Funktion übernahm der deutsche Kommunist Karl Frank, der der Fischer-Maslov-Gruppe nahestand.

Trotzdem war die Bolschewisierung erst am Anfang und die gro-ßen innerparteilichen Auseinandersetzungen waren in vollem Gange. Dieser Umstand hatte auf die KPÖ eine paralyisierende Wirkung: Im Zuge des Metallarbeiterstreiks vom September 1924 schaffte es die Partei nicht, ihre Möglichkeiten auszunutzen. Die gewerkschaftlich orientierte Toman-Fraktion, die einen Gewerkschaftsrat außerhalb der Freien Gewerkschaften gegründet hatte, baute ihre zeitweilige

Stärke zu einer eigenen Plattform aus, die einen erbitterten Kampf gegen den Parteivorstand führte.

Garscha gibt zu bedenken: *„Allein die Existenz des ‚Gewerkschaftsrats‘ bedeutete eine Abweichung der von der Komintern auf Grund internationaler Erfahrungen kollektiv erarbeiteten Gewerkschaftspolitik.“* (Garscha in: Autorenkollektiv 1987, S. 89) Gewiss lag das Problem auch daran, dass sich die Gewerkschaftsfraktion nicht der höchsten Instanz, der Partei namentlich, unterzuordnen gedachte. Unter dem Vorwand, den proletarischen Anteil der KPÖ zu repräsentieren, gelang es ihr, einige Wiener Bezirksorganisationen auf ihre Seite zu bringen. Diese unterbrachen im September/Oktober 1924 sogar ihre Beziehungen zum Parteivorstand und stellten die Zahlung der Mitgliedsbeiträge ein. Die andere Fraktion bildete die Gruppe um Josef Frey, die sich aber zur Zeit des Metallarbeiterstreiks eher zurückhielt. Josef Frey wird 1927 aus der KPÖ ausgeschlossen und etwa 200 seiner Anhänger verlassen mit ihm die KPÖ. Er gilt als erster österreichischer Trotzlist.

Im KURZEN ABRISS unterscheidet Garscha genauer zwischen rechten und linken Fraktionen: *„Führer der ‚Rechten‘, die eine Anpassung an die geänderte Situation mit einer faktischen Kapitulation vor der Sozialdemokratie koppelten, war Josef Frey; die aktionistische ‚Linke‘, die die geänderten Kampfbedingungen nicht zur Kenntnis nehmen wollte, wurde von Karl Tomann [sic] und Franz Koritschoner geführt.“* (vgl. Garscha in: Autorenkollektiv 1977, S. 78) Ebenfalls gibt Garscha zu bedenken, dass sich aber im Laufe der Auseinandersetzungen die Konturen der Fraktionen, ihre genauen Bestimmungsmerkmale verwischten, um rein persönlichen Angriffen Platz zu machen. (Garscha in: Autorenkollektiv 1977, S. 78)

Die Fraktionskämpfe wurden in mehreren Etappen geführt: Nach mehreren Regionalkonferenzen im Spätsommer/Herbst 1924 hatte sich eine große Mehrheit hinter die marxistisch-leninistische Linie um Koplenig gestellt und am 15. November wurde eine zweitägige außerordentliche Reichskonferenz einberufen, auf der Referate über den 5. Weltkongress der Komintern und über die Lage der Partei gehalten wurden. Auch fand der KJV löbliche Erwähnung: *„Die Konferenz*

drückte ihre Anerkennung für die vorbildliche Haltung des Kommunistischen Jugendverbandes aus, der sich – unter dem Einfluß Friedl Fürnbergs – nicht in die Fraktionskämpfe hineinziehen hatte lassen und trotz der Krise der Partei beachtliche Erfolge erzielt hatte.“ (Garscha in AK2 1987: 90)

Ein provisorischer Parteivorstand wurde gewählt unter Heranziehung von einem Vertreter beider Fraktionen: Franz Koritschoner für die Toman-Fraktion und Friedrich Hexmann für die Frey-Fraktion. Um die gewerkschaftlichen Belange kümmerte sich Kopenig selbst. Der von der Reichskonferenz gewählte Reichsvorstand setzte sich folgende Aufgaben zum Ziel:

„1. Liquidierung und ideologische Überwindung der politischen Fehler der Vergangenheit und Erarbeitung einer neuen, richtigen, kontinuierlichen Linie der Partei.

2. Liquidierung der Fraktionskämpfe

3. Organisatorische Konsolidierung der Partei, Aufnahme der Betriebszellenarbeit und Aktivierung der Partei in politischer und organisatorischer Beziehung.“ (Kopenig 1951, S. 13)

In die Zeit der Bolschewisierung fällt auch die Gründung der Roten Hilfe Österreichs, die sich Ende Mai 1925 konstituierte und binnen kurzem etwa 3500 Mitglieder zählte. Zunächst betreute die Rote Hilfe Flüchtlinge aus Italien, Ungarn und den Balkanstaaten (vgl. Garscha in: Autorenkollektiv 1987, S. 187).

Noch vor dem 8. Parteitag kamen beide Fraktionen auf die lustige Idee, ihre Differenzen beizulegen und gemeinsam gegen die Parteileitung vorzugehen. *„Dieser Zusammenschluß“* schreibt L. Spira, *„richtete sich gegen Kopenig und den festen, leninistischen Kern, der sich um ihn gesammelt hatte.“* (Spira 1952, S. 49) Zunächst schien dies ein gangbarer Weg zu sein, um eine große Mehrheit der Parteimitglieder auf die eigene Verräterseite zu bringen. Tatsächlich aber war das Gegenteil der Fall: Im Zuge des 8. Parteitags wurde der aus beiden Fraktionen bestehende Block marginalisiert, die Gegenresolution zur vom Parteivorstand zusammengestellten Resolution zurückgezogen und die Fraktionskämpfe waren im Großen

und Ganzen beendet. *„Die große Mehrheit der Parteimitglieder lebte den prinzipienlosen Machtkampf innerhalb der Partei ab und die Führer der Fraktionen wurden nicht mehr in die Parteileitung gewählt. Sie entpuppten sich später als offene Feinde der Partei.“* (Spira 1952, S. 49)

Koplenig blickt in seinem auf dem Parteitag gehaltenen Bericht auf einen politischen Trümmerhaufen zurück:

„Politisch war die Partei durch die zwei Jahre dauernden Fraktionskämpfe in den Augen der Massen kompromittiert und mit schweren politischen Fehlern belastet. Organisatorisch herrschte ein Chaos und vollständige Zerrüttung. Das Vertrauen der Massen zur Partei war untergraben; es herrschte eine vollständige ideologische Verwirrung innerhalb der Parteimitgliedschaft und eine Unklarheit sowohl in bezug auf die Vergangenheit als auch in bezug auf die zukünftige Arbeit, weil durch den Fraktionskampf eine Atmosphäre geschaffen war, die jede sachliche Diskussion unmöglich machte.“ (Koplenig 1951, S. 12)

Gleichzeitig macht er mit Deutlichkeit auf einen fundamentalen Fehler der Partei aufmerksam:

„Die Hauptfehler der Partei und die Ursachen der Krise waren die nicht-genügende Loslösung von der sozialdemokratischen Ideologie. Die Partei hat die Gegensätze, die uns von der Sozialdemokratie trennen, nicht genügend herausgearbeitet. Dies zeigte sich bei allen politischen Fragen. Sie hatte keine selbständige Linie. Einer der wesentlichen Fehler war auch die teilweise falsche Einstellung zur Frage der Einheitsfronttaktik. [...] Die Partei hatte die Losung ‚des einheitlichen Kampfes, mit den beiden proletarischen Parteien an der Spitze‘, ausgegeben und dadurch in den Arbeitermassen Illusionen in bezug auf die Sozialdemokratie geschaffen. Selbst in der Partei war lange Zeit die Illusion vorhanden, daß die SP eine revolutionäre Partei sei, daß sie im gegebenen Moment ebenfalls eine Schwenkung vollziehen und mit der Kommunistischen Partei zusammen die Revolution durchführen werde.“ (Koplenig 1951, S. 12–13)

Gerade diese Fehleinschätzung, das Unterschätzen der Schädlichkeit der Sozialdemokratie, habe eben auch dazu geführt, dass man trotz

der durchaus günstigen Situation nicht genügend unter den sozialdemokratischen Arbeitern gearbeitet, agitiert habe (vgl. Koplenig 1951, S. 14). Was im ersten Moment widersprüchlich klingt, aber eigentlich einleuchtet: Nährt man Illusionen in die SP, wird man die Agitation der von ihr gelähmten Arbeiterschaft logischerweise vernachlässigen, da man ja dem Glauben einer Schwenkung der SP im richtigen Moment, im Moment der Not, nachhängt.

Dennoch war der Grundtenor zukunftsbezogen optimistisch: *„Der 8. Parteitag konnte erste Erfolge bei der Konsolidierung der Partei feststellen. Sie zählte zu diesem Zeitpunkt 5500 Mitglieder, wovon bereits 2200 in mehr als hundert Betriebszellen – von denen allerdings viele erst auf dem Papier existierten – erfaßt waren“* (Garscha in: Autorenkollektiv 1987, S. 91), so resümiert Garscha sachlich. Außerdem unterstrich der Parteitag die Notwendigkeit der Gründung und Weiterentwicklung von Einheitsfrontorganisationen und der schädliche Gewerkschaftsrat wurde aufgelöst. Koplenig schließt seinen Bericht mit: *„Nur unter ständiger Auswertung der Erfahrungen der Vergangenheit werden wir lernen und nur so werden wir imstande sein, eine wirklich bolschewistische Massenpartei zu schaffen.“* (Koplenig 1951: 16)

Die FraktionistInnen waren dabei noch nicht ausgeschlossen worden – dies geschah etwa zwei Jahre darauf, im Jänner 1927. In der Resolution zur innerparteilichen Lage wurde die Fraktionsarbeit als *„liquidatorisch“* und *„voll sozialdemokratischer Abweichungen“* festgehalten, die die Partei zu einem Anhängsel der Sozialdemokratie machen wollte. Der Chvostismus, oder, wie es Koplenig eindeutschte: die Schwanzpolitik aber hätte die KPÖ so lange aufgeweicht, bis sie ihre grundlegenden Wesenszüge ganz verloren hätte. 1970 schilderte Friedl Fürnberg diesen Prozess sehr passend und anschaulich in der WEG UND ZIEL: *„Für die Opportunisten der Vergangenheit und für die der Gegenwart sind die Änderungen der Lage und der Kampfbedingungen Anlaß, nicht Form und Taktik dem Neuen entsprechend zu gestalten, sondern das Wesen der Partei zu ändern, was – ob man es beabsichtigt oder nicht – zur Liquidierung der Partei als Kommunistische [sic] Partei führt.“* (Fürnberg 1970, S. 4) L. Spira rechtfertigt die Ausschlüsse folgendermaßen: *„Durch den Ausschluß führender Fraktionisten stärkte sich die Partei und erhielt eine einheitliche,*

„feste politische Linie. Der Ausschluß der Fraktionisten war ein wichtiger Schritt bei der Bolschewisierung der Partei; erst jetzt besaß sie eine einheitliche und stabile, eine leninistische Führung.“ (Spira 1952, S. 50)

Garscha fasst die Bolschewisierung der KPÖ weiter unten noch einmal prägnant zusammen:

„Die wichtigste Errungenschaft der ‚Bolschewisierung‘ der KPÖ war, daß die Partei dadurch die Fähigkeit erlangte, selbständig Politik zu machen. Seit dem Abebben der revolutionären Welle hatte die KPÖ sehr oft nur auf spontan ausgebrochene oder von der Sozialdemokratie initiierte Massenaktionen – sei es durch sektiererische Überspitzungen oder rechtsopportunistisches ‚Anhängen‘ – reagiert. Die Überwindung dieser von Johann Koplenig recht drastisch als ‚Schwanzpolitik‘ kritisierten Schwäche wurde von der neuen Parteiführung bewußt mit der ‚Bolschewisierung‘ verbunden: Disziplin, fachliches und theoretisches Wissen sowie enge Verbindung mit den Arbeitern in den Betrieben und mit den Arbeitslosen wurden als unerläßliche Voraussetzungen dafür erkannt, diese Fähigkeit, selbständig Politik zu machen, zu erlangen.“ (Garscha in: Autorenkollektiv 1987, S. 98)

Die zuvor angesprochene Auswirkung der Parteibolschewisierung auf die Jugend ist leider von den HistorikerInnen nicht genügend festgehalten worden, was aber auch daran liegt, dass sich allgemein die Parteigeschichte auf die Geschichte der Partei konzentriert. Diskussionen innerhalb der Bewegung sind kaum aufgezeichnet oder vermerkt worden. Einiges aber lässt sich trotzdem dazu sagen.

Schon zu Beginn der politischen Tätigkeit des KJV wurden zwei Ziele gesetzt: a) Propagierung der Machtergreifung durch das Proletariat und b) Kampf für die wirtschaftlichen Interessen der werktätigen Jugend. Dabei bestand die politische Arbeit des KJV in der Verbindung beider Zielsetzungen (vgl. Hexmann in Autorenkollektiv 1981, S. 22). Die Frage der Richtung war dabei grundlegend und grundsätzlicher Natur in und durch die Abgrenzung von der Sozialdemokratie:

„Wesentliches der Aufgabenstellung des KJV wurde zur Zeit seiner Gründung geprägt, als das Problem vor der österreichischen Arbeiterschaft und

Jugend stand: Die Revolution weiterzuführen zur sozialistischen Umwälzung oder nach dem Sturz der Monarchie bei der bürgerlich-demokratischen Republik stehenzubleiben, den Kapitalismus auf Kosten der Arbeiter zu sanieren; dem Beispiel der russischen Arbeiterklasse oder dem der Sozialdemokratie zu folgen, die im ersten Weltkrieg schmählich versagt hatte. Der KJV stellte sich daher als Hauptaufgabe, die proletarische Jugend für den Kampf um den Sozialismus zu gewinnen, sie im Kampf und durch Bildungsarbeit zu Kommunisten zu erziehen.“ (Stern 1969, S. 456)

Der Jugendverband blieb vom Richtungsstreit in der KPÖ weitestgehend verschont, wurde davon aber objektiv in Mitleidenschaft gezogen: *„Doch die Schwächung und Isolierung der Partei hemmte natürlich auch die Entwicklung des Jugendverbandes.“* (Hexmann in Autorenkollektiv 1981, S. 24) Als Kommentar zu den innerparteilichen Vorkommnissen ist auf jeden Fall das Abdrucken folgender Zeilen der KJI in der Zeitung des KJVs (Mai 1921) zu werten, worauf M. Stern aufmerksam macht:

„Der kommende 3. Kongreß der Kommunistischen Internationale wird die Hauptaufgabe haben, organisatorische Garantien gegen die von rechts und links auftauchenden opportunistischen Strömungen zu schaffen, die unter den Losungen ‚Verwestlichung und Dezentralisation der Internationale‘, ‚Gegen den Moskowitismus‘, ‚Spontaneität der Massen‘, ‚Keine isolierten, uns von den Massen trennenden kommunistischen Aktionen‘ usw. eigentlich eine quietistische, auf Wunder wartende, das Handeln ins Ungewisse verschiebende, also antikommunistische Richtung darstellen. Der Weltkongreß der KJI macht den kommunistischen Jugendorganisationen aller Länder zur Pflicht, in allen kommunistischen Parteien diesem Opportunismus sofort entgegenzutreten.“ (Stern 1969, S. 453–454)

Hinzu kam ein sehr geläufiges Problem, nämlich der Kadermangel. Gut geschulte Kader gab es wenige, und die, die es gab, waren gleichzeitig in der Partei aktiv, der es ebenfalls noch an Kadern mangelte. Dies führte auch zur Frage über die Relation der Jugend zur Partei, die von der Kommunistischen Jugendinternationale 1921 so gelöst worden war: Unterordnung der Jugend unter die Partei bei gleichzeitiger Wahrung ihrer Autonomie (vgl. Hexmann in Autorenkollektiv 1981,

S. 24–27). Zur Verbesserung der Beziehungen zwischen Partei und Jugend wurden mehrere Beschlüsse gefasst, die darauf abzielten, den Parteikern in der Jugend zu festigen und zu stärken. Besonders hervorzuheben ist dabei der 5. Reichskongress des KJV von 1923, an dem beschlossen wurde, dass sich die Jugendorganisation aus den Fraktionskämpfen rauszuhalten hätte (vgl. Hexmann in Autorenkollektiv 1981, S. 27). Dies hatte auch seine Auswirkung auf die Zeit um 1925:

„Während der Fraktionskämpfe, im Jahre 1925, verpflichtet das ZK den KJV, den gesamten Verband mit aller Kraft für die Liquidierung des inneren Parteikampfes einzusetzen und beschließt zur Herstellung ‚eines guten und richtigen Verhältnisses von Jugend und Partei die Schaffung eines festen Parteikerns in der Jugend‘. Und weiter heißt es in dem Beschluss, ‚daß alle Jugendfunktionäre in die Partei einzutreten haben‘. Dabei sollten sie ihre Arbeit im KJV fortsetzen.“ (Stern 1969, S. 455)

Auf demselben Kongress wurde auch die Betriebszellenarbeit initiiert und man begann sich darauf umzustellen – bereits im März 1924 folgte die erste Betriebszellenkonferenz in Wien. (Vgl. Hexmann in Autorenkollektiv 1981, S. 29–30)

4. Antonio Gramsci und die KPI

Ich möchte noch einen kurzen Einblick in die Bolschewisierung des PCd'I geben, einerseits um zu zeigen, dass ähnliche oder analoge Problematiken nicht nur in Österreich spürbar waren, sondern alle Parteien der Komintern erfassten, andererseits dürfen wir keine Gelegenheit auslassen, internationale Erfahrungen kennenzulernen, von ihnen zu profitieren und in unsere Theorie und Praxis einfließen zu lassen. Außerdem ist es immer interessant, historische Persönlichkeiten der Arbeiterbewegung von einem komplett anderen Blickwinkel zu betrachten, als man es für gewöhnlich tut.

Der bolscevizzazione in Italien ging bekanntlich der biennio rosso voraus, eine Zeit des scharfen Klassenkampfes in Form von Streiks, Betriebsbesetzungen und der Gründung erster Rätebewegungen, die sich von Turin aus über Florenz, Genua, Livorno und Pisa bis in den

ländlichen Raum erstreckten. Der PSI unterstützte anfänglich diese Kämpfe, zog sich dann aber zurück und ließ die ArbeiterInnen führungslos. Gramsci und Togliatti waren erbost und gründeten die Kommunistische Partei (1921). Der Partito Comunista d'Italia speiste sich zunächst aus jenen Kräften, die noch im Schoße des PSI unter dem Einfluss der Oktoberrevolution standen und sich nach der Komintern zu orientieren begannen. Direkter und unmittelbarer Ausdruck dieser revolutionären Tendenzen war (noch im PSI) die Gründung von drei Zeitschriften: IL SOVIET, in Neapel am 22. Dezember 1918 gegründet, L'ORDINE NUOVO in Turin am 1. Mai 1919 sowie COMUNISMO, in Mailand im Oktober 1919. Diese Zeitungen machten sich alsbald daran, Schriften von Lenin und anderer Führungspersonlichkeiten der Bolschewiki zu veröffentlichen, waren sich dabei aber nicht immer politisch einig (vgl. Secchia 1971: 86). Die hinter diesen Zeitschriften stehenden Akteure waren es auch, die die Fraktionskämpfe innerhalb der bald darauf gegründeten KP maßgeblich prägen würden: Hinter dem SOVIET stand Amadeo Bordiga, der zwar eine klare Position in der Frage der Bekämpfung des Reformismus innerhalb des PSI und später im Sinne der Gründung der KP bezog, während er aber andererseits den parlamentarischen Kampf ablehnte. Während er einerseits sehr gut verstand, dass das Proletariat nur mittels einer organisierten revolutionären Vorhut an seiner Spitze siegen und die Macht erringen konnte (und damit dem leninistischen Standpunkt nahekam), stellte er sich diese Vorhut andererseits als eine elitäre Minderheit vor, die eher fernab des Klassenkampfes agieren sollte. Sehr früh erkannte er die Unsinnigkeit eines Verbleibs im PSI, kümmerte sich aber nicht darum, Bündnisse mit anderen, möglicherweise ähnlich denkenden Fraktionen zu schließen, um die Gründung der KP zu unterstützen und zu beschleunigen (vgl. Secchia 1976, S. 86–88).

Die Wochenschrift L'ORDINE NUOVO wurde von Gramsci, Togliatti, Terracini und Tasca redigiert. Diese Gruppe bildete, wie man sich anhand der darin agierenden Persönlichkeiten leicht vorstellen kann, den sich langsam erst entfaltenden marxistisch-leninistischen Kern der Partei, auch, wie bereits im ersten Kapitel angedeutet, von Lenin mit Wohlwollen und Anerkennung bedacht.

COMUNISMO wiederum war das Werk von Giacinto Menotti Serrati, der sich anschickte, alle wichtigen Dokumente der Komintern sowie einige Schriften Lenins für eine breite Öffentlichkeit herauszugeben. Dabei leistete er auch tatsächlich einen großen Beitrag im Sinne der Verbreitung der Propaganda der III. Internationale und für die wachsende Popularität des Leninismus. Umgekehrt aber stiftete diese theoretische Annäherung (bzw. vermeintlich gänzliche Übereinstimmung) an das Gedankengut Lenins bei gleichzeitiger Unstimmigkeit mit der leninistischen Praxis so einige Verwirrung, zuerst im PSI (in welchem Serrati über breite Mehrheiten verfügen konnte) und später im PCd'I. Die fixe Idee Serratis war die Einheit der sozialistischen Partei, die er mit allerhand Kompromissen durchzusetzen trachtete. Mit besonderem Verbalradikalismus ausgestattet, verlieh er häufig den ReformistInnen innerhalb der Partei ein besseres Image und verschleierte dabei ihre Schädlichkeit (vgl. Secchia 1976, S. 90–92).

Für den PCd'I wurde bald klar, dass nur eine Klasse, das Proletariat nämlich, den Kampf gegen den Faschismus führen konnte, einen Kampf, der nicht allein gegen den Faschismus geführt werden musste, sondern auch und zugleich gegen den bürgerlichen Staat selbst. Ein Kampf um die Produktionsmittel und somit um die Macht im Staat (vgl. Barone 2017). Der Kampf gegen den Faschismus und gegen die bürgerliche Demokratie waren für Gramsci eng verwoben, die Frage, was nach dem Faschismus kommen würde, beschäftigte die italienischen KommunistInnen von Anfang an und bedingte ihre antifaschistische Taktik: Würde man für eine bürgerlich-demokratische Regierung kämpfen, wäre es klar, dass das Proletariat wiederum der Bourgeoisie untergeordnet würde. Diese Taktik schlug ein breites linkes Spektrum vor, das von Nenni bis Giovanni Amendola reichte. Der demokratische Kampf war unter diesen Umständen antifaschistisch, gleichzeitig aber eben auch antikommunistisch. Wenn als Ziel aber eine Arbeiter- und Bauernregierung gegeben wurde, wie es Gramsci und Togliatti vor Augen hatten, musste man aus taktischen Gründen die Bauern Südtaliens auf die Seite des Proletariats bringen und sie dem schädlichen Einfluss der Sozialdemokratie entziehen. Der Kampf wurde deshalb vom PCd'I auf beiden Fronten geführt, gegen den Faschismus und gegen die Sozialdemokratie, was ihm eine Ver-

doppelung der Mitgliederzahl und eine Verdreifachung der Auflage der Zeitung l'Unità einbrachte. Der PCd'I übernahm die Rolle jener politischen Kraft, die als einzige mit Klarheit eine antifaschistische Strategie vorgeben und umsetzen konnte (vgl. Barone 2017).

Da für Gramsci die Einheitsfront gegen den Faschismus aus den ausgebeuteten Klassen zusammengesetzt werden und unter Führung der Arbeiterklasse erreicht werden musste, ergab sich die Frage einer klaren politischen Linie und, logischerweise, des Aufbaus einer kommunistischen Partei. Von Anfang an war klar, dass die Kommunistische Partei nicht eine Partei sein durfte, die einfach linker als die Sozialdemokratie war, sondern eine Partei, die radikal anders war, eben das exakte Gegenteil einer reformistischen Partei. Besonders zugutekamen der Partei die neuen Mitglieder, die ihre AktivistInnenjahre nicht vorher in der Sozialdemokratie verlebt hatten, sondern ganz neu dazukamen und auf kommunistische Weise geschult werden konnten. In LA FUNZIONE DEL RIFORMISMO in Italia zeichnet Gramsci ein exaktes Bild der OpportunistInnen und ReformistInnen des PSI und ihres Einflusses auf die italienischen Verhältnisse und Vorgänge:

„Die Reformisten haben nämlich, um die Revolution zu sabotieren, d.h. um die Bourgeoisie vor dem Vorstoß der Arbeiterklasse zu retten, die italienischen Arbeiter von einem Verrat zum nächsten und schlussendlich zur Niederlage geführt, wodurch sie günstige Bedingungen für die Herausbildung und den Erfolg des Faschismus geschaffen haben. Vor dem Krieg haben die Reformisten in der Sozialistischen Partei, wenn auch damals noch in der Minderheit, die Funktion von Konterrevolutionären übernommen, indem sie die Massen zur Akzeptanz ihrer sozial-pazifistischen Ideologie gedrängt haben. In der Nachkriegszeit hielten die Reformisten in ihren Händen die größten Arbeiterorganisationen. Indem sie in der Partei blieben, konnten sie durch Abweichungen jeder Art ihr konterrevolutionäres Werk mit der systematischen Sabotage aller Bewegungen, die im Kampf des Proletariats in der Erringung der Macht hätten münden können, fortführen. Ein typisches Beispiel: die Betriebsbesetzungen.“ (Gramsci 1973, S. 74)

Gramsci beobachtet sehr aufmerksam den inneren, internen Verlauf

des Opportunismus, kann dabei aber aus der Erfahrung heraus Rückschlüsse auf die äußeren Auswirkungen dieser Rechtswendung machen und äußerst genau nachzeichnen: Die ReformistInnen haben die Bourgeoisie vor den kämpfenden ArbeiterInnen gerettet, wodurch erst die Voraussetzung für das Aufkommen des Faschismus gegeben war. Durch seine Zeilen wird ebenfalls klar, wie das konterrevolutionäre Treiben der II. Internationale die Massen zurückgehalten und zum Sozialpazifismus erzogen haben, ein Sozialpazifismus, der ganz offen den Herrschenden in die Hände gespielt und das Proletariat als den einzig Geprellten zurückgelassen hat. Und dadurch, dass die ReformistInnen die größten Arbeiterorganisationen in den Händen hatten (und damit auch durch die große Reichweite mehr Schaden anrichten konnten), kann Gramsci von „*systematische[r] Sabotage*“ sprechen. Es geht aber noch weiter:

„Die konterrevolutionäre Funktion und Natur der Reformisten wurden aber gerade in dieser letzten Periode offenbart, nach der Formierung einer festgefügtten revolutionären Avantgarde in Italien und den durch den Faschismus bedingten politischen Entwicklungen. Jede Maske ist herabgefallen. Die Reformisten mussten geradezu in ihrem wahren Licht erscheinen, trotzdem, dass sie sich noch ganz schwach zu den Prinzipien des Klassenkampfes zu bekennen trauen. [...] Von der revolutionären Avantgarde des Proletariats losgelöst, konnten die Sozialisten nicht anders, als der Bourgeoisie in die Arme zu fallen. Dieser Vorgang ist bereits in vielen kapitalistischen Ländern wahrgeworden und bahnt sich besonders rasch auch in Italien an. Die Reformisten haben, nachdem sie die Arbeiterbewegung sabotierten, in den Augen der bürgerlichen Klasse noch zu wenig Glorienschein eingeheimst, um als vertrauenswürdig zu gelten. Sie müssen nun unter Beweis stellen, dass sie nicht nur dazu bereit sind, die Arbeiterbewegung zu sabotieren, sondern auch dazu fähig sind, sie zu bekämpfen; sie müssen mit anderen Worten der Bourgeoisie versichern, dass ihre Regierungstaktik und -programm nicht anders sind, als Taktik und Programm der englischen Labouristen und der deutschen Sozialdemokraten.“ (Gramsci 1973, S. 74)

Somit teilten Lenin und Gramsci denselben unerbittlichen Hass gegenüber der Sozialdemokratie und ihrer gesellschaftlichen Auswirkungen

gen. Eine Ablehnung, die gewiss nicht auf persönlichen Zwistigkeiten fußte, sondern, wie Lenin es formuliert hat, aus der objektiv richtigen Einschätzung der Lage entspringt und auch entspringen muss. In LA SITUAZIONE ODIERNA DEL NOSTRO PARTITO ED I COMPITI DEL PROSSIMO CONGRESSO schreibt Gramsci:

„Dadurch, dass wir unsere Taktik der allgemeinen Situation im Land, die sich nach den Wahlen am 6. April und insbesondere nach der Ermordung Giacomo Matteottis ergeben hat, angepasst haben, schaffte es die Partei, sich sowohl als Organisation als auch im Bezug auf den Einfluss auf die Arbeiter- und Bauernmassen ganz bemerkenswert zu vergrößern. Unsere Partei ist eine der wenigen, wenn nicht gar die einzige der Komintern, die einen so großen Erfolg unter diesen Umständen verzeichnen kann, die sich in allen Ländern, besonders den europäischen, im Zusammenhang mit der relativen Stabilisierung des Kapitalismus, der relativen Stärkung der bürgerlichen Regierungen und der Sozialdemokratie, die ein noch integralerer Bestandteil des bürgerlichen Systems geworden ist, abgezeichnet haben. Man muss, zumindest in Klammern, hinzufügen, dass gerade durch diese Umstände und durch die sich daraus ergebenden Konsequenzen nicht allein innerhalb der Arbeitermassen, sondern auch im Schoße der Kommunistischen Parteien das Problem der Bolschewisierung angegangen werden muss.“ (Gramsci 1973, S. 96)

Auch für Gramsci ergibt sich die Losung der Bolschewisierung aus einer ruhigeren Phase des Kapitalismus. Gramsci verfolgte dabei die Krisen, die die anderen Sektionen der Komintern bis zu jenem Zeitpunkt durchgemacht, zuweilen mit starken Schwankungen nach links wie nach rechts, die sich gravierend auf ihre Beziehungen zu dem Massen ausgewirkt hatten. Zum Zeitpunkt der Niederschrift aber meint Gramsci, sei eine Phase der Stabilisierung der Kominternsektionen eingetreten, die letztlich auf den leninistisch orientierten Kern einer jeden Sektion zurückzuführen sei. Der leninistische Kern fungiere ebenso als Garant, dass gemachte Fehler nicht mehr wiederkehren würden (vgl. Gramsci 1973, S. 96). Trotzdem aber handle es sich dabei erst um den Anfang, die organisatorischen und ideologischen Errungenschaften würden erst konsolidiert werden müssen. Historisch-materialistisch erklärt sich Gramsci die Unterschiede zwischen den Bolschewiki und den restlichen Sektionen damit, dass in Russ-

land die Zellenorganisation von Anfang an angewendet worden ist: die Zellen in den Betrieben und auf der Straße führten sowohl die gewerkschaftlichen Kämpfe an, als auch den demokratischen Kampf gegen den Zarismus. Im Westen hingegen kam es immer stärker zu einer Arbeits- und Aufgabenteilung zwischen Gewerkschaftsorganisation und politischer Organisation:

„Im gewerkschaftlichen Bereich entwickelte sich in immer schneller werdendem Rhythmus die reformistische und pazifistische Tendenz; mit anderen Worten: der Einfluss der Bourgeoisie auf das Proletariat wurde immer intensiver. Aus demselben Grunde verschob sich die Tätigkeit der politischen Parteien immer mehr auf den parlamentarischen Kampf, sie äußerten sich in Formen, die sich durch nichts von den Formen der bürgerlichen Demokratie unterschieden.“ (Gramsci 1973, S. 97)

Ferner kamen faschistische Repressionen im gewerkschaftlichen Bereich gerade den ReformistInnen zugute, da sie ihnen paradoxerweise mehr Handlungsfreiraum ließen, den sie umgehend dafür nutzten, die revolutionären Kräfte zu isolieren bzw. zu verdrängen:

„Betrachten wir genau, was in Italien vor sich geht. Durch die faschistischen Repressionsmechanismen verloren die Gewerkschaften in unserem Land jedwede zahlenmäßige wie kämpferische Wirksamkeit. Diese Situation haben die Reformisten ausgenutzt und sich des gesamten gewerkschaftlichen Apparats bemächtigt, dabei keine Maßnahme außer Acht gelassen, um die Möglichkeit der Herausbildung, der Organisation einer Minderheit und der Entwicklung zu einer Mehrheit bis zur Rückeroberung der Führung, zu verhindern.“ (Gramsci 1973, S. 97)

Die Situation in den italienischen Gewerkschaften war von dem schädlichen Einfluss der Reformisten also vorbedingt, der Gewerkschaftsbund organisierte damals mit Vorbedacht nur etwa 1 Million von ArbeiterInnen (von etwa 15 Millionen insgesamt) und ließ die Organisationen außer Acht, in denen die KommunistInnen die Mehrheit ausmachten. Um auf die werktätigen Klassen Einfluss nehmen zu können, war es also laut Gramsci notwendig, sich auf die Organisationsform der Zellen umzustellen. Und weil sich der PCd'I vor

dem zweifachen Kampf sah, einmal gegen das bürgerliche System und einmal gegen den Faschismus, die Situation also viel schwieriger als in anderen Sektionen der Komintern war, eben deshalb mussten die Zellen auf organisatorischer und ideologischer Ebene verstärkt werden. Die Umstellung auf ein Zellsystem verteidigt Gramsci auch gegen evtl. innerparteiliche Kritik:

„Niemand wird es wagen, diese leninistischen Organisationskriterien der Partei als allein der russischen Situation eigene Kriterien zu bezeichnen und ihre Anwendung auf Westeuropa als rein mechanische Maßnahme hinzustellen. Sich der Organisationsform der Partei in Zellen entgegenzustellen, hieße, in veralteten sozialdemokratischen Konzepten gefangen zu bleiben, hieße, sich tatsächlich auf rechtem Boden zu befinden, d.h. auf einem Boden, auf welchem man nicht gegen die Sozialdemokratie zu kämpfen gewillt ist.“ (Gramsci 1973, S. 98)

Somit wird die Zelle zu einer der grundsätzlichen Fragen im Negieren sozialdemokratischer Prinzipien. Gramsci macht auch kein Hehl daraus, dass die Umstellung auf Zellen in der Debatte darum zu einer Frage politischer Natur wird: *„Die Frage der Zellen stellt sicherlich auch ein allgemeines organisationstechnisches Problem der Partei dar, aber vor allen Dingen handelt es sich dabei um eine politische Frage. Die Frage der Zellen ist die Frage der Führung der Massen, d.h. die Vorbereitung auf die Diktatur des Proletariats; sie ist die beste organisationstechnische Lösung der Grundfrage unserer Epoche.“* (Gramsci 1973, S. 107) Man wäre hinzuzufügen geneigt, dass die Frage der Zellen die Frage der Stellung einer kommunistischen Partei zur Komintern, die Frage der Stellung zum Marxismus-Leninismus darstellt.

Dadurch wird auch verständlich, warum Gramsci den wenig entfaltenen Internationalismus seiner Partei kritisiert: Der mangelnde Internationalismus äußerte sich in der Missachtung bzw. nicht gebührenden Würdigung der Komintern als Weltpartei. Wohl sei man innerhalb der Partei zu einer Bewusstwerdung der Notwendigkeit von Disziplin gelangt, jedoch ermangele es zuweilen an der Disziplin der Unterordnung gegenüber der Kommunistischen Internationale. Diesen Missstand habe der PCd'I noch aus den Zeiten im PSI mitgeerbt (vgl. Gramsci 1973, S. 99). Bordiga wird

hier am häufigsten genannt: Er habe sich einer schädlichen Form des Patriotismus verschanzi, die die Konfrontation mit einer Organisation auf internationaler Ebene (der Komintern) scheut und sich hinter populistischen Phrasen der Überbetonung nationaler Besonderheiten versteckt. Außerdem mache er sich linkradikaler Phrasendrescherei und Sektierertums schuldig (vgl. Gramsci 1973, S. 99–100), womit wir wiederum ein Beispiel einer Figur der Arbeiterbewegung hätten, die sich nicht eindeutig einordnen lässt. Aber es ist interessant, dass man schon damals die Parole der nationalen Besonderheit für opportunistische Zwecke missbraucht hat, die Kurt Gossweiler eher dem modernen Revisionismus zugeschrieben hat (vgl. Gossweiler 1997, 292–296, 330–334).

Leichter einzuordnen wären wohl A. Tasca und A. Graziadei, die sich noch zwischen 1922 und 1923 tatsächlich für eine Wiedervereinigung mit dem PSI ausgesprochen hatten (vgl. Agosti 1999, S. 17–18). Die Bolschewisierung hat, wie wir aus mehreren Dokumenten, den Thesen v.a., erfahren haben, verschiedene Anknüpfungspunkte, Prämissen und Fragmente. Eine *condicio sine qua non* ist aber unzweifelhaft die Partei – und zwar das, was wir unter einer Partei neuen Typs verstehen – wobei man natürlich einwenden könnte, dass sich beide Begriffe, Partei neuen Typs und Bolschewisierung, gegenseitig so sehr bedingen, dass beide substantiell werden. Jedenfalls muss das Streben nach Wiedervereinigung mit der alten, vermoderten PSI, der Sozialdemokratie i.w.S., als besonders schädlich für beide Anstrengungen (Schaffung einer neuen Partei und Bolschewisierung) betrachtet werden. Eine solche Meinung stellt alles in Frage, was bis zu dem gewissen Zeitpunkt ihres Stellens erreicht worden ist.

Auch aus diesem Grunde misst Gramsci der Partei besondere Aufmerksamkeit zu. Zwei Grundfragen müssten am nächsten Parteitag geklärt werden:

„1) Wie können wir die Partei zu einer solchen Einheit weiterentwickeln, die fähig sein wird, das Proletariat in die Schlacht zu führen, zu siegen und dauerhaft siegreich zu sein? Das ist eine Frage der Bolschewisierung; 2) welche reale politische Tätigkeit soll unsere Partei weitertreiben, um die Koalition aller antikapitalistischen Kräfte unter Führung des (revolutionären) Proletariats in der gegebenen Situation festzulegen, erstens für den

Sturz der kapitalistischen Regierung und zweitens um den Grundstein des revolutionären Arbeiterstaats zu legen?“ (Gramsci 1973, S. 103)

In der ersten Fragestellung, die er sich teilweise selbst beantwortet, wird die Wichtigkeit der Bolschewisierung im Denken Gramscis offenbar – prinzipiell setzt er sie als Prämisse für alle weiteren Schritte einer kommunistischen Partei, von ihr hängt Sieg und Niederlage der Revolution ab. Die zweite Frage spricht vom tiefen Verständnis des sardischen Revolutionärs für die Taktik der Einheitsfront, die aus „antikapitalistischen Kräften“ besteht und vom „revolutionären Proletariat“ angeführt wird. Der Zweck bleibt immer der Sturz der bürgerlichen Regierung und die Erringung der Macht auf dem Wege der Revolution.

Mit der Bolschewisierung des PCd'I war ein nötiger Schritt getan, der sich auf den Kampf in der Illegalität auswirkte und die Partei immer mehr zu einer regelrechten Massenpartei anwachsen ließ. Im Jahr 1923 waren es noch weniger als 9000 Mitglieder, die Zahl stieg aber bis 1924 auf 18000, um 1925 einen ersten Höhepunkt von 25000 Mitgliedern zu erreichen. Die Verankerung in der Gesellschaft, in den Betrieben und auf dem Land verstärkte sich außerordentlich, in der Toscana und der Emilia-Romagna war eine direkte Verschiebung der Sympathie der Bevölkerung zugunsten des PCd'I und weg vom PSI sichtbar, der sich in diesen Regionen nach und nach auflöste und verdrängt wurde (vgl. Agosti 1999, S. 21).

„Die Bolschewisierung [...] begünstigte ein Phänomen von nicht geringer Bedeutsamkeit, das typisch für die Situation in Italien war: das Reihenum die KPI von Kräften unterschiedlicher politischer Herkunft (Anarchisten, Republikaner, natürlich auch Sozialisten und selten sogar Katholiken). Es war im Grunde die Anerkennung, dass die Kommunistische Partei zum kämpferischsten und am besten organisierten Gegner des Faschismus geworden war.“ (Agosti 1999, S. 22)

Die genauen italienischen Verhältnisse, Ausschlüsse von FraktionistInnen aus der Partei, die erfolgreiche Umstellung auf die Zellenorganisation, die Schulungstätigkeit, kommunistische Presse- und Gewerkschaftsarbeit usw. werde ich hier aus Zeit- und Platz-

gründen sowie teilweise auch aus dem Mangel an mir zur Verfügung stehendem vertiefenden Material nicht weiter ausführen. Genannt sei noch der 3. Parteitag, der im Jänner 1926 (aus Sicherheitsgründen) im französischen Lyon einberufen wurde und der eine etwa neunzigprozentige Mehrheit für den marxistisch-leninistischen Kern um Gramsci und Togliatti zeitigte (vgl. Agosti 1999, S. 23). Es bleibt hinzuzufügen, wie Tibor Zenker in seiner Kritik der neomarxistischen Herangehensweise an Gramsci hervorhebt:

„Von Gramsci selbst soll noch weniger bleiben: Natürlich übersieht man gnädig sein Wirken in der KPI und in der Komintern, seine gemeinsam mit Palmiro Togliatti durchgeführte ‚Bolschewisierung‘ der KPI, seine Bewunderung Lenins – ja, seine gesamte politische, ideologische und praktische Tätigkeit vor seiner Inhaftierung im November 1926. Wobingegen man konsequent versucht, aus Gramscis Gefängnisschriften 1929–1935 eine Gegentheorie – gegen Lenin und (etwas subtiler) Marx – zurechtzukonstruieren.“ (Partei der Arbeit Österreichs 2013, S. 52)

Ohne dadurch ein riesiges Fass aufmachen zu wollen, dem dieser Artikel nicht gerecht werden kann (und möchte), namentlich die bewusste Verfälschung der Person Gramscis als reformistischen, antistalinistischen, duldsamen Sozialdemokraten und damit einhergehend, die Umdeutung des gramscianischen Begriffs der Hegemonie, muss man konstatieren, dass der Punkt der Bolschewisierung, die eben von Gramsci konsequent durchgeführt worden ist, in die gewünschte Kerbe schlägt und man nicht aufhören sollte, in der Debatte darauf hinzuweisen. Auch dieser Kampf der Rückeroberung kommunistischer Denker (man denke an Luxemburg, Marx oder teilweise sogar Lenin) ist ein Kampf der Gegenkultur, der Gegeninformation, die hauptsächlich gegen die alte, mehr noch aber gegen die neue Sozialdemokratie geführt werden muss.

5. Schlussbemerkungen

Seit etwa 100 Jahren, seit der Gründung der Komintern, vielleicht aber bereits ab dem Zeitpunkt, an dem Lenin durch die Oktoberrevolution die Weltbühne betreten hat (und der Erfahrungsschatz der Bolschewiki direkt und indirekt nach außen getragen wurde), muss die

Bolschewisierung als Dreh- und Angelpunkt in der Formierung kommunistischer Parteien weltweit angesehen werden, so diese sich dem Marxismus-Leninismus zugehörig fühl(t)en.

Wie wir gesehen haben, war die Bolschewisierung kein einzelnes Dekret, keine einzelne Anweisung Lenins oder der Komintern, die man von einem Tag auf den anderen hätte umsetzen können – es war dies ein Prozess, der die Gesamtheit der kommunistischen Weltbewegung in sich widerspiegelt. Es ist schlichtweg das große Vermächtnis der Bolschewiki, die das Proletariat zur Revolution geführt und darüber hinaus diese neu errungene Macht zu behaupten gewusst haben. Die Bolschewisierung bietet Antworten auf Fragen folgender Art: Parteiorganisation, Kampf- und Überlebensformen, Antirevisionismus, Bündnisfragen, Wachstum und dauerhafte Erhaltung, kurz: sie subsumiert in sich die Antwort auf die Frage, was eine Partei neuen Typs eigentlich zu sein heißt und umfasst daher nicht allein die ideologische Einheit, sondern auch die gesamte organisatorische Struktur der Partei.

Mit diesem Artikel wollte ich einen, wie mir scheint, sehr wichtigen Teil unserer Geschichte rekapitulieren, um Ansätze für kommende und laufende Debatten zu liefern. Der Klärungsprozess der kommunistischen Bewegung in Österreich, an deren Spitze die PdA steht und auch nicht anders kann, ist noch nicht am Ende – er muss jeden Tag durch den Schöpfungsdrang seiner Vorhut neu belebt werden.

Ich möchte mit den Worten einer Protagonistin der Arbeiterbewegung schließen, die in diesem Artikel noch zu kurz gekommen ist:

„Haben wir die Bolschewisierung der Partei, so werden wir auch zu der notwendigen Bolschewisierung der Massen gelangen: Bolschewisierung der Massen durch die bolschewistische Partei. Und die Massen werden sich mit der kommunistischen Partei zusammenfinden zu der einen unwiderstehlichen revolutionären Macht, die die Weltrevolution trägt. Die Thesen zur Bolschewisierung werden uns zu diesem Ziele vorwärtsführen. Arbeiten wir als Bolschewiki, kämpfen wir als Bolschewiki, sterben wir als Bolschewiki! Erlangen wir die Kraft und Reife, als Bolschewiki das Weltproletariat zum Siege zu führen!“ (Zetkin 1925)

Literaturverzeichnis

Agosti, Aldo (1999): *Storia del Partito comunista italiano*. Bari: Edizioni Laterza.

Autorenkollektiv (1977): *Geschichte der Kommunistischen Partei Österreichs 1918–1955. Kurzer Abriss*. Unter Mitarbeit von Franz Muhri, Hans Hautmann, Winfried R. Garscha, Willi Weinert, Josef Ehmer und Rupert Herzog. Wien: Globus Verlag.

Autorenkollektiv (1981): *Beiträge zur Geschichte der kommunistischen Jugendbewegung in Österreich*. Unter Mitarbeit von Bruno Furch, Winfried R. Garscha, Willi Weinert und Ernst Wimmer. Wien: Globus Verlag.

Autorenkollektiv (1987): *Die Kommunistische Partei Österreichs. Beiträge zu ihrer Geschichte und Politik*. Unter Mitarbeit von Franz Muhri, Hans Hautmann, Winfried R. Garscha, Willi Weinert, Josef Ehmer, Rupert Herzog und Ernst Wimmer. Wien: Globus Verlag.

Barone, Eros (2017): <http://www.lariscossa.com/2017/05/09/linsegnamento-gramsci-costruzione-del-partito-comunista/>. Partito Comunista. Online verfügbar unter <http://www.lariscossa.com/2017/05/09/linsegnamento-gramsci-costruzione-del-partito-comunista/>, zuletzt geprüft am 27.03.2021.

Bauer, Otto (1909): *Der Weg zur Macht*. In: *Der Kampf* 2 (8).

Bayerlein, Bernhard H.; Weber, Hermann; Drabkin, Yakov; Galkin, Aleksandr (Hg.) (2013): *Deutschland, Russland, Komintern - Überblicke, Analysen, Diskussionen. Neue Perspektiven auf die Geschichte der KPD und die deutsch-russischen Beziehungen (1918–1943)*. Unter Mitarbeit von Gleb J. Albert. Berlin: De Gruyter.

Brenner, Hans-Peter (2015): *DKP und Marxismus-Leninismus. Deutsche Kommunistische Partei*. Online verfügbar unter <http://news.dkp.suhail.uberspace.de/2015/11/dkp-und-marxismus->

leninismus/, zuletzt geprüft am 27.03.2021.

Frei, Bruno (1970): Gegen den Opportunismus – Die Führer der österreichischen Sozialdemokratie im Urteil Lenins. In: Weg und Ziel (Sondernummer April 1970).

Fürnberg, Friedl (1970): Lenin über die Rolle der Partei und die Gegenwart. In: Weg und Ziel (Sondernummer April 1970).

Gossweiler, Kurt (1997): Wider den Revisionismus. Aufsätze, Vorträge, Briefe aus sechs Jahrzehnten. München.

Gramsci, Antonio (1973): Scritti politici III. Roma: Editori Riuniti.

Institut für Marxismus-Leninismus (1951): Der I. und II. Kongresse der Kommunistischen Internationale. Dokumente der Kongresse und Reden W.I. Lenins. Berlin: Dietz.

Kolias, Georgios (2018): Die PdA als revolutionäre Vorhut der Arbeiterklasse. Zur Organisation der revolutionären Partei und einigen Eigenschaften des PdA-Mitglieds. In: Einheit und Widerspruch (6). Online verfügbar unter <https://parteierarbeit.at/themen/theorie/die-pda-als-die-revolutionaere-vorhut-der-arbeiterklasse-zur-organisation-der-revolutionaeren-partei-und-einigen-eigenschaften-des-pda-mitglieds/>, zuletzt geprüft am 27.03.2021.

Kommunistische Internationale (1920): Resolution des II. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale (Komintern) über die Bedingungen der Aufnahme in die Kommunistische Internationale. Online verfügbar unter https://www.1000dokumente.de/pdf/dok_0010_int_de.pdf, zuletzt geprüft am 27.03.2021.

Kommunistische Internationale (1925a): Resolution über die Entwicklung der Methoden und Formen der organisatorischen Erfassung der von den kommunistischen Parteien beeinflussten Massen. Online verfügbar unter <http://ciml.250x.com/archive/>

comintern/german/ekki_5kongress_1925_bolschewisierung_resolution.html, zuletzt geprüft am 27.03.2021.

Kommunistische Internationale (1925b): Rolle und Aufgaben der Agitprop-Arbeit bei der Bolschewisierung der Sektionen der Kommunistischen Internationale. Online verfügbar unter http://ciml.250x.com/archive/comintern/german/ekki_5kongress_1925_bolschewisierung_agitprop.html, zuletzt geprüft am 27.03.2021.

Kommunistische Internationale (1925c): Thesen über die Bolschewisierung der Parteien der Komintern. Online verfügbar unter http://ciml.250x.com/archive/comintern/german/ekki_5kongress_1925_bolschewisierung.html, zuletzt geprüft am 27.03.2021.

Koplenig, Johann (1951): Reden und Aufsätze 1924–1950. Wien: Stern-Verlag.

Lenin, Wladimir Iljitsch (1946): Ausgewählte Werke in zwei Bänden. Band 1. Moskau: Verlag für fremdsprachige Literatur.

Lenin, Wladimir Iljitsch (1947): Ausgewählte Werke in zwei Bänden. Band 2. Moskau: Verlag für fremdsprachige Literatur.

Lenin, Wladimir Iljitsch (1966): Werke 31. April bis Dezember 1920. Berlin: Dietz.

Lenin, Wladimir Iljitsch (1982): Werke 32. Dezember 1920 bis August 1921. Berlin: Dietz.

Lenin, Wladimir Iljitsch (1984): Werke 29. März bis August 1919. Berlin: Dietz.

Maier, Dominik (2016): Die Gemeinsamkeiten zwischen Sozialdemokratie und Faschismus sind fundamentaler als ihre Unterschiede. Ein paar bündnispolitische Überlegungen. In: Einheit und Widerspruch (4).

Nevskij, Vladimir Ivanović (2008): Storia del Partito bolscevico dalle origini al 1917. Milano: Pantarei.

Partei der Arbeit Österreichs (Hg.) (2013): Über die revolutionäre Partei der Arbeiterklasse. Unter Mitarbeit von Otto Bruckner und Tibor Zenker. Wien: Drehbuchverlag.

Secchia, Pietro (1976): Le armi del fascismo 1921-1971. Milano: Feltrinelli Editore.

Spira, Leopold (1952): Geschichte der österreichischen Arbeiterbewegung II. Vom Ersten Weltkrieg bis 1927. Wien: Stern-Verlag.

Stern, Max (1969): Aus der Geschichte des Kommunistischen Jugendverbandes. In: Weg und Ziel (9).

Vatlin, Alexander (2009): Die Komintern: Gründung, Programmatik, Akteure. Berlin: Dietz (Geschichte des Kommunismus und des Linkssozialismus).

Zenker, Tibor (2019): 100 Jahre Kommunistische Internationale. Zu Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft der kommunistischen Weltbewegung. In: Einheit und Widerspruch (7).

Zetkin, Clara (1925): Über die Bolschewisierung der kommunistischen Parteien. Kommunistische Internationale. Online verfügbar unter <https://www.marxists.org/deutsch/archiv/zetkin/1925/03/bolsch.html>, zuletzt geprüft am 27.03.2021.

Der General an der zweiten Geige

Von Tibor Zenker

Am 14. September 1893 sprach Friedrich Engels in Wien vor einer sozialdemokratischen Versammlung und meinte unter anderem: *„Ich bin durch die Straßen Wiens gewandert und habe mir die wunderschönen Gebäude, welche die Bourgeoisie für das Proletariat der Zukunft zu bauen so gütig war, angesehen“*, und rief damit ausgelassene Heiterkeit im Publikum hervor. Gewiss meinte Engels damals nicht jenen Ort in der Brigittenau (20. Wiener Gemeindebezirk), der schon 1920 bis 1934 und wieder seit 1945 seinen Namen trägt: Der Friedrich-Engels-Platz ist nicht gerade ein Schmuckstück der österreichischen Bundeshauptstadt.

Hier stoßen wichtige, autoverseuchte Verkehrszüge zusammen: Die Adalbert-Stifter-Straße kommt von der Gürtelbrücke über Bahngleise und Donaukanal, der Handelskai säumt die Schnellbahn S45 und das Donauufer, die Floridsdorfer Brücke führt, ja, nach Floridsdorf und ist gleichzeitig Autobahnauffahrt zur A22, außerdem münden Strom-, Vorgarten-, Engerth- und Wehlstraße ein. Alte und nicht ganz so alte Straßenbahnen verknoten sich an Haltestellen und Umkehrkreisel, ungelenke Gelenkbusse beanspruchen ihren Raum vor der längst aufgelassenen Bankfiliale. Die grauen Fassaden der südseitigen Häuserzeile sind, abgesehen vom bunten Werbelogo eines Eissalons, eher schmucklos, dahinter wankt in Sichtweite der Millennium-Tower. In ihrem Schatten werden spielbefohlene Kinder und geschäftige Hunde auf den ihnen jeweils zugedachten, sorgfältig eingezäunten, sandigen Grünflächen ausgeführt. Einige wenig einladende Bänke stehen trübsinnig herum, ältere Migranten und noch ältere autochthone Wiener bemühen sich um irgendetwas zwischen Mit- und Nebeneinander. In der Mitte des Platzes sind ein Altwiener Würstelstand mit dem Charme von 1974, der in der

Praxis vornehmlich alkoholische Getränke verkauft, ein erstaunlich chromblitzender türkischer Kebab-Imbiss und ein öffentliches WC, gefördert aus Mitteln der EU, einträchtige Nachbarn. Eine seltsam seelenlose, fast gespenstische, überbreite Fußgängerunterführung führt unter der sechsspurigen Brückenauf- bzw. -abfahrt hinüber, gen Norden, zu einem mächtigen Gemeindebau aus der Zeit des „Roten Wiens“: Die „Wohnhausanlage Friedrich-Engels-Platz“, eröffnet 1933, beherbergt ca. 1.500 Wohnungen und deren Insassen. Nach den Februarkämpfen 1934 haben die Austrofaschisten noch eine ergänzende katholische Kirche in die Anlage gebaut, die damals wie heute niemand braucht. Nicht zu verwechseln ist dieser Gemeindebau, landläufig Engels-Hof genannt, übrigens mit dem tatsächlichen „Friedrich-Engels-Hof“, der sich in Simmering befindet und nur über ein Zehntel des Ausmaßes verfügt. Imposanter als die Anlage am Engels-Platz ist in Wien lediglich der – man ahnt es – „Karl-Marx-Hof“, der sich in Heiligenstadt in ikonischer Weise auf einer Länge von über einem Kilometer erstreckt. Am Eck Engels-Platz und Vorgartenstraße, direkt unter der Ortsbezeichnung, findet sich schließlich das kleine blaue Schild, auf dem zu lesen ist: *„Friedrich Engels (1820-1895), Mitbegründer des wissenschaftlichen Sozialismus“*. Und das war's.

So zurückhaltend ist Wien nicht immer: Im weitläufigen Donaupark in Kaisermühlen, unweit des UNO-Gebäudes, stehen Bronzebüsten von Che Guevara und Salvador Allende. In der Schönbrunner Schlossstraße hängt eine marmorne Gedenktafel für Josef Stalin, inklusive grünlich oxidiertem Relief des Charakterkopfes und per Verfassungsgesetz und Staatsvertrag verpflichtend.

Der „Mitbegründer“ also. Niemand würde Karl Marx so bezeichnen, aber deshalb heißt es ja auch im Nebentitel Marxismus und nicht Marxismus-Engelsismus. Freilich, die Engels'sche Bescheidenheit ist legendär bis legendenfördernd, und so mag es ihm selbst unbenommen sein, seinen Anteil als allzu gering zu veranschlagen. Zum 200. Geburtstag aber – Engels wurde am 28. November 1820 geboren – soll ein wenig ehrliche Ehrbekundung ohne übertriebene Überhöhung gestattet sein.

Zweifellos war es eine Arbeitsteilung, die sich zwischen Marx und Engels von Beginn an ergab, nachdem sie sich 1842 in Köln erstmals persönlich getroffen hatten. DIE HEILIGE FAMILIE, im Frühjahr 1844 publiziert, wird gemeinhin als erste gemeinsame Schrift ausgegeben, wobei es Engels zeitlebens als „kurios“ bezeichnete, hier als Mitautor genannt zu werden. Tatsächlich stammen gut 90% des Textes aus der Feder von Marx, der insgesamt eher einen Durchgangspunkt der Marx'schen philosophischen Entwicklung markiert. Engels' Hauptaugenmerk galt zu diesem Zeitpunkt bereits ökonomischen Fragen, zu denen ihn seine Erfahrungen drängten. Die sozialen Verhältnisse des Proletariats, die er in Manchester kennenlernte, Kontakte mit englischen Owenisten und Chartisten, aber auch rheinländischen Sozialisten sowie die Beschäftigung mit Smith, Ricardo und Mills bestärkten ihn, den Kapitalismus als soziales und Wirtschaftssystem zu hinterfragen: Die Ergebnisse davon sind die UMRISSE ZU EINER KRITIK DER NATIONALÖKONOMIE sowie DIE LAGE DER ARBEITENDEN KLASSE IN ENGLAND. Und so war es gewissermaßen erst Engels, der Marx darauf brachte, das ökonomische Studium des Kapitalismus intensiver zu betreiben. Ein wesentlicher Schluss, den Engels jedoch auch zog, war: Aktives politisches Handeln ist notwendig.

In aller Folgerichtigkeit kamen Marx und Engels in Kontakt mit dem „Bund der Gerechten“, der sich ab 1847 „Bund der Kommunisten“ nannte und in deren Auftrag sie ein programmatisches Grundsatzdokument verfassen sollten. Den ersten Entwurf legte Engels vor: Die GRUNDSÄTZE DES KOMMUNISMUS“, in denen er mittels Fragen und Antworten ein „kommunistisches Glaubensbekenntnis“ skizzierte, inklusive des berühmten Fehlers (oder der Ungenauigkeit) von der „Ware Arbeit“. Marx verwarf die „Katechismus“-Form, doch wurden die Vorarbeiten beider zusammengeführt, nämlich im MANIFEST DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI, das im Frühjahr 1848 erschien. Das MANIFEST gilt zurecht als prägnantes Gründungsdokument der – immer noch – modernen sozialistisch-kommunistischen Bewegung, der revolutionären Arbeiterbewegung und des wissenschaftlichen Sozialismus. Wesentliche Eckpunkte der marxistischen Weltanschauung sind in dem dünnen Band bereits in Umrissen enthalten: die materialistische Geschichtsauffassung und die Lehre vom Klassenkampf, die

auf dem Privateigentum an den Produktionsmitteln basierende Klassengesellschaft des Kapitalismus und die Lohnarbeit, die historische Bedeutung des Proletariats als revolutionäres Subjekt und Schöpfer der klassenlosen Gesellschaft, die Kritik einiger Irrwege sowie Überlegungen zur Rolle kommunistischer Vereinigungen, gipfelnd in den Aufruf zur Selbstorganisation des Proletariats. Entgegen jeder alphabetischen Usance bei kollektiven Arbeiten sind aber schon hier die angegebenen Autoren Marx und Engels – und nicht etwa umgekehrt.

Die unmittelbare Wirkung des MANIFESTS war überschaubar. Es kam das Revolutionsjahr 1848, in dem das Bürgertum aufbegehrte und die Arbeiterklasse nur eine Nebenrolle spielte. Marx und Engels gaben zunächst in Köln die NEUE RHEINISCHE ZEITUNG heraus, um politische Ziele zu propagieren. 1849 trat Engels der badisch-pfälzischen Revolutionsarmee bei und kämpfte in mehreren Gefechten gegen die preußische Soldateska. Aufgrund dieser Erfahrungen und jenen aus der Niederlage beschäftigte sich Engels in weiterer Folge vermehrt und tiefer mit Militärtheorie und Kriegsgeschichte, wo er zum regelrechten Experten wurde. Von daher stammte auch sein Beiname „General“ – ein Rang, den er in Wirklichkeit natürlich nie innehatte: Aus dem Dienst in der königlich-preußischen Armee war der junge Engels 1842 als Feldwebel bzw. Wachtmann geschieden, während des pfälzischen Aufstands fungierte er als Adjutant des Oberkommandanten August Willich, der später, im Amerikanischen Bürgerkrieg, Karriere als Nordstaatengeneral machte – diesen Krieg begleitete Engels freilich nur mit publizistischer Aufmerksamkeit.

Denn hier lag in den 1850er und frühen 60er Jahren ein wichtiges Betätigungsfeld von Engels. Der Bund der Kommunisten war 1852 aufgelöst worden, mit zeitnahen neuerlichen revolutionären Erhebungen war nicht zu rechnen. Es ging nun also darum, den wissenschaftlichen Sozialismus weiter auszuarbeiten und zu verbreiten. Während Marx daran ging, seine ökonomischen Studien zu vertiefen (1867 sollte der erste Band des KAPITALS erscheinen), übernahm Engels die „Tagesarbeit“: Er verfasste Artikel für europäische und nordamerikanische Zeitungen, einige davon in Marxens Namen, führte Korrespondenzen mit Persönlichkeiten der sozialistischen und Arbeiterbewegung,

bemühte sich um Aufklärungs- und Überzeugungsarbeit. Zwingend wandte er sich gegen die Ansichten von Lassalle und Proudhon, unterstützte die späteren Führer der kommenden marxistischen Sozialdemokratie wie Wilhelm Liebknecht.

Und dies, obwohl er im persönlichen und privaten Bereich bereits ausgelastet war. Noch bevor Engels' Lebensgefährtin, die irische Textilarbeiterin Mary Burns 1863 verstarb, hatte der Tod von Friedrich Engels senior 1860 praktische Konsequenzen: Als ältester Sohn übernahm Engels den Anteil seines Vaters an der Textilfabrik in Salford (Manchester). 1864 wurde er leitender Partner am nordenglischen Standort, ehe er 1869/70 seine Anteile an die Familie des Kompagnons seines Vaters, Peter Ermen, verkaufte. 1885 wurde die Verbindung mit der Zentrale in Barmen gelöst, der Wuppertaler Rest der Firma „Ermen & Engels“ ging 1979 in Konkurs und wurde liquidiert. Für die genannte Zeit aber, bis er 1870 nach London übersiedelte, war Engels als kapitalistischer Unternehmer tätig. Für den Marxismus war dies nicht unerheblich, denn es waren die finanziellen Mittel, die Engels dadurch bereitstellen konnte – kapitalistische Profite –, die Marx und seiner Familie ein halbwegs erträgliches Auskommen ermöglichte, wodurch Marx weitgehend ungestört arbeiten konnte.

Diese Tatsachen bedeuteten aber auch, dass Engels von 1860 bis 1870 in mancherlei Hinsicht ein wenig zurücktreten musste. Während Marx in der 1864 gegründeten Internationalen Arbeiterassoziation („Erste Internationale“) eine führende Rolle einnahm, gehörte Engels nicht den Leitungsgremien an. Während Marx bei allen wichtigen Dokumenten der IAA seine Feder im Spiel hatte, begleitete Engels die Vorgänge vor allem mittels eines – allerdings hochfrequenten – Briefwechsels mit seinem Mitstreiter. Dies änderte sich erst mit Engels' Umzug nach London. Zu diesem Zeitpunkt waren die Konflikte in der IAA jedoch schon weit gediehen, die Anhänger Bakunins und des Anarchismus erwiesen sich als untragbare Querulanten, und auch die Diskussion über die Pariser Kommune und deren Niederlage 1871 beförderten die Auseinandersetzungen. In diese griff Engels nun auch persönlich ein im Sinne der von Marx und ihm selbst entwickelten politischen, theoretischen, strategischen und organisatorischen Ansichten. Das Ende der

IAA war dennoch absehbar und wurde mit der Verlegung des Sitzes des (marxistischen) Generalrats von London nach New York 1872 de facto vorweggenommen. Nichtsdestotrotz war die Saat gelegt und mancherorts bereits aufgegangen. Vor allem in den deutschsprachigen Gebieten Europas hatte der Marxismus Bedeutung für die sozialdemokratische Arbeiterbewegung gewonnen, sein Einfluss reichte bald, zumindest indirekt, bis nach Russland, wo inzwischen, am 22. April 1870, ein gewisser Wladimir Iljitsch Uljanow geboren worden war.

Die verbliebenen zehn Jahre bis zum Tod von Marx 1883 waren von zwei Komponenten geprägt: Die bestehenden Verbindungen zu den wichtigsten sozialdemokratischen Organisatoren und Organisationen wurden gepflegt, nicht zuletzt zur 1869 gegründeten Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Deutschland sowie zu deren führenden Persönlichkeiten August Bebel und Wilhelm Liebknecht. Die Vereinigung mit den Lassalleanern 1875 zog eine entsprechende Kritik von Marx und Engels auf sich. Engels bemühte sich weiterhin um Einflussnahme – auch im „akademischen“ Bereich: Von Marx mit Vorarbeiten unterstützt, verfasste er eine bekannte polemische Streitschrift gegen Eugen Dühring, die 1878 erschien. Dieser Herr und seine UMWÄLZUNG DER WISSENSCHAFT wären heute weitgehend unbekannt, hätte Engels nicht den Anlass verwendet, um eine gründliche Darlegung des bisherigen Sozialismus und Marxismus zu betreiben und den dialektischen und historischen Materialismus mit allerlei Hinweisen auf jüngste wissenschaftliche Entdeckungen und Erkenntnisse zu belegen, die mitunter auf erstaunliche Weise ins Detail gehen – und für den praktischen Gebrauch des Textes gewiss auch zu weit gingen: Daher legte Engels 1880 das Exzerpt DIE ENTWICKLUNG DES SOZIALISMUS VON DER UTOPIE ZUR WISSENSCHAFT vor, das eine prägnante, allgemeinverständliche Kurzfassung des ANTI-DÜHRING und laut Marx eine EINFÜHRUNG IN DEN WISSENSCHAFTLICHEN SOZIALISMUS darstellt. Es ist daher kein Zufall, dass dieses Bändchen von Engels – nach dem MANIFEST – die am weitesten verbreitete Schrift der Marx/Engels-Werke ist. Gewiss, DAS KAPITAL in seinen drei Bänden steht zwingend in jeder marxistischen Bibliothek an prominenter Stelle im Regal und wird zurecht wie ein Schatz behütet – DIE ENTWICKLUNG DES SOZIALISMUS wird aber auch tatsächlich gelesen.

Das angesprochene KAPITAL nahm in den 1870er Jahren einen umfangreichen Platz in der Tätigkeit von Marx ein: Er arbeitete quasi gleichzeitig am zweiten und dritten Band – oder an dem, was schließlich in dieser äußeren Form erscheinen sollte. Die französische Übersetzung des ersten Bandes besorgte er persönlich. Die Aufgabe von Engels bestand darin, sich mit Marx über dessen Arbeit auszutauschen Feedback zu geben, aber auch ihm gewissermaßen den Rücken frei zu halten: in politischen Auseinandersetzungen, bei journalistischen Tätigkeiten, in Korrespondenzen, in finanzieller Hinsicht, aber auch privat. Der Gesundheitszustand von Marx verschlechterte sich zusehends, mehrmals wurden in den Jahren 1874 bis 1877 mit Engels' Hilfe Kuraufenthalte im Rheinland und in Österreich ermöglicht. Engels selbst erlitt zu dieser Zeit abermals einen persönlichen Schicksalsschlag: Die jüngere Schwester von Mary Burns, Lizzie, starb im September 1878 – kurz nachdem sie mit Engels die Ehe eingegangen war.

Die Todesfälle sollten nun freilich in rascher Abfolge geschehen: 1881 starb die Gattin von Marx, Jenny, und zu Jahresbeginn 1883 die älteste, gleichnamige Tochter. Karl Marx selbst hatte nur noch zwei Monate zu leben: Er starb am 14. März 1883.

Für Friedrich Engels bedeutete dies abermals einen Umsturz in seinen Tätigkeiten: In inhaltlichem Anschluss an den ANTI-DÜHRUNG hatte er sich eigentlich vorrangig seiner DIALEKTIK DER NATUR gewidmet, die nun nicht mehr beendet werden sollte – die vorhandenen Abschnitte und Skizzen wurden erst 30 Jahre nach Engels' Tod publiziert. Trotzdem gehören sie zu seinen bemerkenswertesten Schriften, die in mancher Hinsicht, wenn man so möchte, die Lücke vom wissenschaftlichen Sozialismus zur sozialistischen Wissenschaft schließt. Und in heutiger Zeit, wo man Umwelt- und Klimakrisen verständnislos gegenübersteht, möchte man den Menschen gerne die eine oder andere Stelle aus dem Abschnitt DER ANTEIL DER ARBEIT AN DER MENSCHWERDUNG DES AFFEN ans Herz legen.

Aber wie dem auch sei, Engels kam nicht mehr dazu, dieses wichtige Werk zu vollenden. Denn er machte es nun zu seiner Hauptaufga-

be, jenes von Marx zu beenden. Er sichtete die ökonomischen Manuskripte seines verstorbenen Freundes mit Hilfe von Helena Demuth, der Haushälterin der Familie Marx, er fasst zusammen, redigierte, ergänzte, um dem KAPITAL 1885 einen zweiten und 1894 einen dritten Band hinzuzufügen. Zweifellos ist dies ein erhebliches Verdienst von Engels, dem er einen großen Teil seines eigenen restlichen Lebens widmete. Umstritten ist, inwieweit er dabei in die Pläne von Marx eingegriffen hat, doch angesichts der 40 Jahre währenden engen Zusammenarbeit stand ihm die Herausgabe der beiden Bände bis zu einem gewissen Grad nicht nur zu, sondern dies war tatsächlich seine Aufgabe oder sogar Pflicht. Die eine oder andere Ergänzung im dritten Band macht zudem das Bild des entstehenden Monopolkapitalismus durchaus genauer. Die THEORIEN ÜBER DEN MEHRWERT konnte Engels indessen nicht mehr systematisch verwerten, sie wurden schließlich von Karl Kautsky editiert.

Aus der Zeit nach Marx' Tod stammt übrigens auch das berühmte Zitat von Engels über seine eigene Rolle, wonach es Pech sei, dass er Marx nun nach dessen Ableben vertreten müsse: *„Ich habe mein Leben lang das getan, wozu ich gemacht war, nämlich zweite Violine spielen [...] Wenn ich nun aber plötzlich in Sachen der Theorie Marx' Stelle vertreten und erste Violine spielen soll, so kann das nicht ohne Böcke abgehen“*. Wie viele Böcke Engels nun tatsächlich geschossen hat, kann man gerne diskutieren, doch hat er auch die aufgezwungene Rolle als Primgeiger zweifellos „passabel“ gemeistert. Es sind zweifelhafte „Kritiker“ des Marxismus und Sozialismus, die Engels bisweilen gezielt zum Sündenbock machen wollen, um auf überaus geschickte Weise reale Probleme des 20. Jahrhunderts im Nachhinein vorherzusagen...

Trotz der intensiven Arbeit an den ökonomischen Schriften von Marx lieferte Engels in dieser Zeit noch wichtige Veröffentlichungen aus eigener Feder, nämlich DER URSPRUNG DER FAMILIE, DES PRIVAT-EIGENTUMS UND DES STAATS (1884) und LUDWIG FEUERBACH UND DER AUSGANG DER KLASSISCHEN DEUTSCHEN PHILOSOPHIE (1886). Beides sind wertvolle Beiträge zur Anwendung des historischen Materialismus bzw. zu dessen Herausbildung. Daneben verfasste er in dieser Zeit auch einige relevante Einleitungen, Kom-

mentare und Vorworte zu Neuauflagen der Werke von Marx (und/oder von ihm selbst), worin bedeutende Hinweise enthalten sind.

Die alleinige „höchste Instanz“ musste Engels nach Marx' Tod freilich auch politisch geben, so etwa als Berater bei der Schaffung der II. Internationale oder bezüglich des ERFURTER PROGRAMMS und der Gründung der SPD. Er verkehrte schriftlich und persönlich mit Bebel, Clara Zetkin oder auch Victor Adler, der zur Jahreswende 1888/89 in Hainfeld die österreichische Sozialdemokratie auf zunächst marxistischer Grundlage in der SDAP zusammenführte.

Und so kann man eines festhalten: Wenn Marx der Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus war und Engels dessen Mitbegründer – so war Engels auch derjenige, der für seine Verbreitung, Vertiefung, Verteidigung und zwischenzeitliche Durchsetzung sorgte. Ohne Engels hätten Marx und der Marxismus niemals jene Wirkung entfalten können, die seither die Menschheitsgeschichte maßgeblich prägt und weiter prägen wird.

In welchen Abgrund SPD, österreichische SDAP und fast die gesamte II. Internationale im 20. Jahrhundert treiben sollten, musste Engels nicht mehr mitansehen. Er starb am 15. August 1895 in London. Eine Grabstätte wie jene von Karl Marx am Highgate Cemetery, die man zum 200. Geburtstag besuchen könnte, gibt es nicht. Die Urne mit Engels' Asche wurde vor der Ärmelkanalküste bei Eastbourne im Meer versenkt.

Aber dafür bleibt uns in Wien ja immer noch der Brigittenauer Friedrich-Engels-Platz. Kein Schmuckstück, wie gesagt, aber zutiefst proletarisch. Zum 300. Geburtstag sollte dort eine Engels-Statue stehen, auch wenn der General des wissenschaftlichen Sozialismus dies zweifellos als völlig übertrieben abgelehnt hätte.

Historische Einblicke in die proletarische Frauenbewegung und ihre Notwendigkeit heute

Von Marie Jaeger

Die Verhältnisse im patriarchal geprägten Kapitalismus, in denen eine vermeintliche bürgerliche Gleichheits- einer ökonomischen Ungleichheitsordnung gegenübersteht, machen einen Kampf für die Frauenbefreiung ebenso wie den Klassenkampf auch heute noch notwendig.

Historischer Ursprung der proletarischen Frauenbewegung

1907 gründete sich die Fraueninternationale. Bereits zu diesem Zeitpunkt war einerseits klar, dass der Kampf der proletarischen Frau für ihre Befreiung „*nur eine Seite der allgemeinen sozialen Frage*“ ist (Bebel 1973) und es somit eine eigene Organisation braucht, die nicht mit der bürgerlichen zusammengeht. Andererseits war bereits der Gründungskongress von den verschiedenen Perspektiven, die in dieser Zeit international in der Arbeiterbewegung im Widerstreit standen, geprägt. Clara Zetkin wurde mit Unterstützung von Genossinnen wie Rosa Luxemburg und Alexandra Kollontai zur Sekretärin der Fraueninternationale gewählt. Der Sitz des Frauenbüros war in Deutschland und Zetkin bekleidete ihre Funktion bis 1917.

Der internationale Frauentag ist für die Frauenfrage in der proletarischen Bewegung von zentraler Bedeutung. Die Kommunistin Clara Zetkin hat den Frauentag 1910 in der Fraueninternationale erstmalig eingefordert und gegen die Frauenrechtlerinnen – das Pendant zu den heutigen bürgerlichen Feministinnen – durchgesetzt. Der internationale Frauentag wurde auch von der im Anschluss stattfindenden Internationale bestätigt. Inhaltlich setzte sich der erste Frauentag mit der Forderung des Wahlrechtes auseinander und stand im Zeichen des Kampfes

gegen Militarismus und einen drohenden Weltkrieg. Bei der Auseinandersetzung in der Fraueninternationale rund um das Frauenwahlrecht vertraten die Delegierten der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Deutschösterreichs (SDAP) rund um Adelheid Popp die Meinung, dass es unklug sei, *„gleichzeitig für das allgemeine Wahlrecht für Männer und Frauen einzutreten. Sie wollten keinesfalls das allgemeine und gleiche Frauenwahlrecht als Fernziel aufgeben, hielten aber das Wahlrecht für Männer – das keinesfalls in allen Ländern für alle Männer verwirklicht war – für die näherliegende Forderung“* (Notz 2009). Diskrepanzen gab es also nicht nur zwischen bürgerlichen und proletarischen Frauenbewegungen. Politische Gräben spalteten die Fraueninternationale bereits zu diesem Zeitpunkt. Diese spiegelten die Auseinandersetzung in der gesamten Zweiten Internationale wider. Alexandra Kollontai, die die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Russlands (SDAPR) vertrat, beschrieb das Vorgehen wie folgt: *„Während der Konferenz lieferten sich der rechte und linke Flügel der Fraueninternationale einen Kampf, der die Auseinandersetzung zwischen den beiden Strömungen in der Internationale widerspiegelte. Ich stand auf Seiten Clara Zetkins. Der erste Punkt der Meinungsverschiedenheiten betraf den Kampf für das allgemeine Frauenstimmrecht. Die österreichischen Sozialistinnen mit Lily Braun fanden sich zu einigen Kompromissen bereit. [...] Im Namen Russlands unterstützte ich die Linken gegen die Opportunisten. Auch hinsichtlich der Formen der Arbeit unter den Frauen kam es zu Divergenzen: Clara Zetkin bestand auf der Bildung einer internationalen Zentralstelle, während Lily Braun und die Rechten darin auf einmal eine Äußerung von Frauenrechtlertum sahen. Wiederum musste ich die Linken unterstützen.“* (Kollontai zitiert nach: Notz 2009) Zetkin und ihre Genossinnen konnten sich somit auch in diesem Punkt durchsetzen.

Am 19. März 1911 veranstalteten die proletarischen Frauen in Österreich gemäß dieser Resolution den ersten Frauentag. In Wien marschierten etwa 20.000 Frauen über die Ringstraße zum Rathaus, auch an vielen weiteren Orten der Monarchie versammelten sie sich, um die Einführung des Frauenwahlrechtes zu fordern. In vielen anderen Ländern demonstrierten 1911 Frauen für dieses Recht.

Trotz der 1910 von der Fraueninternationale verabschiedeten Friedensresolution, die die Klassegegensätze, die durch die kapitalistische

Produktionsweise verursacht wurden, als Ursache der Kriege benannte und die sozialistischen Frauen und Mütter aufforderte, die Arbeiterinnen darüber aufzuklären und ihre Kinder im Geiste des Sozialismus und für den Kampf zur Erhaltung des Friedens zu erziehen, zerbrach die Fraueninternationale ebenso wie die II. Internationale mit der Entfesselung der Kriegesfurie und an ihren inhaltlichen Differenzen. Sie zerbrach am Widerspruch zwischen Opportunismus und revolutionärer Standhaftigkeit.

In Österreich wurde das Frauenwahlrecht 1918 nach Kriegsende und mit Ausrufung der Republik eingeführt, selbiges war zu dieser Zeit in anderen Ländern der Fall. Die Zugeständnisse an das Proletariat in dieser Zeit waren nicht zufälliger Natur. Nachdem die Bolschewiki 1917 demonstrierten, dass es eine Alternative zum Imperialismus gibt, herrschte in den bürgerlichen Staaten die Angst vor der Schlagkraft der organisierten ArbeiterInnenenschaft, die mit Zugeständnissen befriedet werden sollte. 1919 gründete sich in Moskau dann die Kommunistische Internationale und die ArbeiterInnenbewegung konsolidierte sich unter diesen Vorzeichen. Im Rahmen der Gründung der Komintern wurde auch ein Internationales Frauensekretariat – analog zur Roten Gewerkschaftsinternationale und Jugendinternationale – als Massenorganisation für einen breiten Kreis an SympathisantInnen gegründet. Dieses stand erneut unter der Führung von Clara Zetkin. Den Entwicklungen folgend wurde 1921 auch wieder der Internationale Frauentag begangen. Seither liegt dieser auch auf dem 8. März. Hierbei handelt es sich um kein zufälliges Datum, der 8. März ist ein historisch wichtiges Datum in der Geschichte der Arbeiterinnen:

- 1857 streikten Textilarbeiterinnen in New York an diesem Tag.
- 1908 sind Arbeiterinnen im Kampf um bessere Arbeits- und Lebensbedingungen am 8. März in den USA in Streik getreten. Um eine Solidarisierung der Gewerkschaften und anderer Belegschaften zu verhindern, wurden diese Frauen in ihrer Fabrik eingesperrt, ein Feuer brach aus und 129 Arbeiterinnen starben.
- 1917 streikten in Sankt Petersburg die Arbeiter-, Soldaten- und erstmals auch Bauernfrauen der armen Stadtviertel und lösten die Februarrevolution aus.

Die ersten zwei Punkte sind in der Überlieferung nicht ganz eindeutig, jedoch ist der letzte Punkt von unzweifelbarer Relevanz für die Festlegung des Datums.

Mit Ausbruch des Zweiten Weltkrieges wurde der Frauentag ebenso wie die kommunistische Bewegung vielerorts illegalisiert. Ein Kampftag für Frauen passte nicht zur Ideologie der Faschisten, die deutsche Version hiervon führte stattdessen den Muttertag ein, um den Frauen diese Rolle zuzuweisen.

Für eine proletarische Frauenbewegung

Bereits 1947 wurde dann erstmal wieder der Frauentag in Österreich begangen und findet seitdem wieder traditionell statt, jedoch mit einer Verschiebung der Inhalte. Während Clara Zetkin und ihre Genossinnen bei der Einführung klar darin waren, dass es nicht nur eine Frauenfrage gibt, ist dies heute nicht so eindeutig und vielfach wird der Geschlechterkampf forciert. Zetkin hielt im ausgehenden 19. Jahrhundert hierzu fest:

*„Es gibt eine Frauenfrage für die Frauen des Proletariats, des Mittelbürgertums und der Intelligenz und der oberen Zehntausend; je nach der Klassenlage dieser Schichten nimmt sie eine andere Gestalt an.[...] Für die proletarische Frau ist es das Ausbeutungsbedürfnis des Kapitals, un-
aufhörlich Rundschau zu halten nach den billigsten Arbeitskräften, das die Frauenfrage geschaffen hat ... Dadurch ist auch die Frau des Proletariats einbezogen in den Mechanismus des wirtschaftlichen Lebens unserer Zeit, ist sie in die Werkstatt, an die Maschine getrieben worden. Sie ist hinausgegangen in das wirtschaftliche Leben, um dem Manne einige Hilfe im Erwerb zu bringen, und die kapitalistische Produktionsweise verwandelte sie in eine Schmutzkonkurrentin; sie wollte Wohlstand in die Familie bringen, und als Folge zog eine größere Not in die proletarische Familie ein; die Proletarierfrau wurde selbsttätig erwerbend, weil sie ihren Kindern das Leben sonniger und freundlicher gestalten wollte, und sie wurde ihren Kindern zum großen Teil entrissen. Sie wurde dem Mann als Arbeitskraft vollständig gleich. [...] Und da sie eine billige Arbeitskraft war und vor allen Dingen eine willige Arbeitskraft, die nur in den seltensten Fällen wagte*

zu lücken wider den Stachel der kapitalistischen Ausbeutung, so haben die Kapitalisten die Möglichkeit vervielfältigt, um die industrielle Frauenarbeit in der höchsten Stufe anwenden zu können. Die Frau des Proletariats hat infolgedessen ihre wirtschaftliche Selbständigkeit errungen. Aber wahrhaftig! sie hat sie teuer erkaufte und hat praktisch für den Augenblick nichts dabei gewonnen. [...]. Die Frau des Proletariats hat ihre wirtschaftliche Selbständigkeit erlangt, aber weder als Mensch noch als Frau, noch als Gattin hat sie die Möglichkeit, ihre Individualität voll ausleben zu können. Für ihre Aufgabe als Gattin, als Mutter bleiben ihr nur die Brosamen, die die kapitalistische Produktion ihr vom Tische fallen lässt.

Deshalb kann der Befreiungskampf der proletarischen Frau nicht ein Kampf sein wie der der bürgerlichen Frau gegen den Mann ihrer Klasse; umgekehrt, es ist der Kampf mit dem Mann ihrer Klasse gegen die Kapitalistenklasse.“ (Zetkin 1896)

Dies gilt auch heute, wenngleich bürgerliche Feministinnen uns andere Widersprüche aufzuzeigen versuchen sowie die arbeitenden Frauen in einen Geschlechter- statt Klassenkampf treiben wollen. KommunistInnen wissen und sind sich darüber im Klaren, dass Frauen, die der herrschenden Klasse angehören, auch heute nicht dieselben Interessen haben wie werktätige Frauen und sich die besitzlose Klasse nicht auf einen Geschlechter- oder rassistischen Kampf innerhalb der eigenen Klasse einlassen darf, da es den Kampf schwächt. Gleichzeitig dürfen wir den Blick für die Ungleichheiten innerhalb der Klasse – die auf den kapitalistischen Eigentumsverhältnissen beruhen und diesen dienen – nicht verlieren. Wie der marxistische Philosoph Domenico Losurdo folgerichtig betonte (Losurdo 2016), schrieben Marx und Engels im KOMMUNISTISCHEN MANIFEST, dass „[d]ie Geschichte aller bisherigen Gesellschaft [...] die Geschichte von Klassenkämpfen“ (Marx und Engels 1972) sei. „Der Übergang vom Singular zum Plural macht klar, dass jener zwischen Proletariat und Bourgeoisie lediglich einer unter mehreren Klassenkämpfen ist“ (Losurdo 2016). Marx und Engels gehen davon aus, dass sich die Klassengegensätze in den verschiedenen Epochen auch verschieden gestalten (Marx und Engels 1972), dies bedeutet, dass neben dem Klassengegensatz zwischen Kapital und Arbeit auch weitere identifiziert wurden. Bspw. schreibt Friedrich Engels

in der Schrift *DER URSPRUNG DER FAMILIE, DES PRIVATEIGENTUMS UND DES STAATS*, dass „[d]er erste Klassengegensatz, der in der Geschichte auftritt, [...] mit der Entwicklung des Antagonismus von Mann und Weib in der Einzelehe, und die erste Klassenunterdrückung mit der des weiblichen Geschlechts durch das männliche“ zusammenfällt (Marx und Engels 1975). Weiter schreibt er: „er [der Mann] ist in der Familie der Bourgeois, die Frau repräsentiert das Proletariat“ (Marx und Engels 1975). Die Frau aus der Arbeiterklasse befindet sich in einer sozialen und ökonomischen Abhängigkeit und Unterordnung. Die Frau aus der Bourgeoisie hat ein Interesse diese Situation zu stabilisieren und von der Ausbeutung zu profitieren und lediglich ihre „Freiheit“ auszubauen, ihre Freiheit, andere auszubeuten.

Die Situation der Frau im Monopolkapitalismus heute

Die Basis für die Emanzipation der Frau ist auch heute die ökonomische Unabhängigkeit vom Mann, aber unbedingt auch die Befreiung von der Herrschaft des Kapitals. Die Lohnarbeit ist somit einerseits für Frauen essentiell, um sich ökonomisch und schließlich auch sozial vom Mann freizusprechen. Als die ökonomischen Verhältnisse die Frau zwangen, ins Erwerbsleben einzutreten, brachte dies den Kapitalisten enorme Vorteile, wie anhand des langen Zitates von Clara Zetkin deutlich wurde. Dies liegt u.a. daran, dass der Lohn für einen Arbeiter die Basis für die Reproduktion mehrerer Personen bilden sollte, da er normalerweise nicht nur seine Arbeitskraft sondern auch die nachfolgenden hierüber reproduzieren sollte. Der Lohn der Frau hingegen wurde nur für eine Person berechnet. Ihr wurde außerdem vielfach eine geringere Arbeitsproduktivität und -fähigkeit zugeschrieben. Frauen wurden, basierend auf diesen Aspekten und durch ihren lange begrenzten Zugang zur Lohnarbeit, als Lohndrückerinnen instrumentalisiert und werden dies auch bis heute. Denn auch heute gilt, dass Frauen vielfach schlechtere Arbeitsbedingungen in Kauf nehmen (müssen). Frauen verdienen in Österreich im Schnitt ca. 20 Prozent weniger als Männer (Eurostat 2021), dies liegt oberhalb des EU-Durchschnitts, und das trotz der viel beschworenen hohen Kollektivvertraglichen Abdeckung. Die kapitalistische Profitmaximierung durch möglichst geringe Löhne liegt in der Natur der Kapitalismus.

Von daher sind Gerechtigkeitsappelle sowieso sinnlos. Hierbei ist es wichtig zu erkennen, dass die unterschiedliche Positionierung innerhalb der Klasse der Werktätigen unter anderem nach Geschlecht die kapitalistischen Verhältnisse stabilisiert. Sie ist konstitutiv – also auch bestimmend – für die kapitalistischen Verhältnisse (Lühr 2009), der Kapitalismus braucht Personengruppen, die er noch besser ausbeuten kann als den durchschnittlichen Arbeiter.

Clara Zetkin hielt in diesem Zusammenhang fest, was aus ihrer Perspektive Ursachen für die geringeren Frauenlöhne sind: *„Allein nicht wenig kommen die schlechten Frauenlöhne auf Rechnung des Umstandes, daß die Arbeiterinnen so gut wie nicht organisiert sind. Sie entbehren der Stärke, welche die Einigkeit verleiht, des Mutes, des Kraftgefühls, des Widerstandsgeistes und der Widerstandsfähigkeit, welche der Rückhalt an eine Organisation verleiht, das heißt an eine Macht, in der einer für alle und alle für einen eintreten. Sie ermangeln ferner der Aufklärung und Schulung, welche durch die Organisation geboten wird.“* (Zetkin 1893).

Hierbei spielen keineswegs die geringere Arbeitsproduktivität, Belastbarkeit oder ähnliche Legitimationsmuster eine Rolle. Frauen waren historisch vielfach für unbezahlte Sorgearbeit zuständig. Mit dieser Hauptverantwortung schaffen sie es auch heute in Österreich im Schnitt auf eine wöchentliche Arbeitszeit von 57 Stunden, wovon lediglich 33 Stunden bezahlt sind. Männer hingegen arbeiten nur 48 und davon 41 Stunden bezahlt (Statistik Austria 2009). Die niedrigeren Löhne stützen diese Arbeitsteilung, es kommt somit zu einer dem Kapitalismus doppelt dienlichen Wechselwirkung. Ohne die unbezahlte, in der Regel durch Frauen geleistete Reproduktionsarbeit geriete die kapitalistische Produktionsweise an ihre Grenzen, da eine bezahlte, vergesellschaftete gesellschaftliche Reproduktion den Rahmen einer solchen Wirtschaftsweise sprengen würde und ihrer Logik zuwiderlaufen.

Darüber hinaus spielt auch in Österreich der von Zetkin angesprochene Aspekt der Organisation eine Rolle. Frauen war zu Beginn der ArbeiterInnenbewegung die politische Organisation untersagt. Sie waren trotz ihres schon zu Zeiten der Industrialisierung recht hohen Anteils

an der ArbeiterInnenschaft kaum in den Fachgewerkschaften organisiert. Dies hängt einerseits damit zusammen, dass diese auf Facharbeiter ausgerichtet waren, somit nicht auf den Kernbereich, in dem Frauen einer Lohnarbeit nachgingen, außerdem mit dem genannten Verbot und andererseits mit mangelnden Zeitressourcen – wegen der Doppelbelastung durch Lohn- und Reproduktionsarbeit – und der Sozialisation als politisch passive Frau und dies ist bis heute spürbar.

Zugleich spielt die anfängliche Ablehnung von Frauenarbeit in der Arbeiterbewegung – auch durch führende Köpfe – und die sich hieraus ergebende Exklusion eine Rolle. Diese geht vielfach auch mit einer anhaltenden Perspektive auf Frauen und im Umgang mit ihnen zusammen. *„In der Theorie sind die Genossinnen schon gleichberechtigt, in der Praxis aber hängt der Philisterzopf den männlichen Genossen noch ebenso im Nacken wie dem ersten besten Spießbürger.“* (Zetkin 1928).

Zusammenfassend lässt sich festhalten: Ob in Schule, Uni, der Arbeit oder dem Alltag, im Kapitalismus werden Frauen und Mädchen noch immer unterdrückt. Der Kapitalismus macht sich die überkommenen patriarchalen Strukturen aus vorherigen Gesellschaftsformen zunutze. Die Frau oder das Mädchen werden als minderwertig konstruiert und leiden unter einer Doppelbelastung, nämlich Lohn- und Reproduktionsarbeit leisten zu müssen. Die proletarische Frau hat jedoch ganz andere Voraussetzungen als bürgerliche Frauen und bedarf auch ihrer eigenen Organisation. Diese – die proletarische Frauenbewegung – hat einen fortschrittlichen emanzipatorischen Ansatz, da die Frau historisch und auch heute in den Arbeitsalltag integriert war und ist, sich also hier eine gewisse Gleichberechtigung erkämpfen musste, und nicht auf Haus und Familie reduziert war und ist. Es gibt keinen Gegensatz zwischen den Interessen von Arbeitern und Arbeiterinnen, wohl aber einen unversöhnlichen Gegensatz zwischen den Interessen des Kapitals und denen der Arbeit. Deshalb ist die Frauenfrage nicht als abgetrennter Bereich zu betrachten – allerdings existiert sie und darf nicht ignoriert werden.

Die verschiedene Ausgangsposition ist die Basis dafür, dass die proletarische Frauenbewegung historisch und auch heute andere Forde-

rungen aufstellt und andere Themen bearbeitet, als die bürgerliche. Die proletarische Frauenbewegung folgt den Regeln des wissenschaftlichen Sozialismus und sieht die strukturellen Gesetzmäßigkeiten der Ausbeutung und nicht individuelle Einzelercheinungen. Durch die Lebensrealitäten unterschieden und unterscheiden sich die Themen der bürgerlichen und proletarischen Frauenbewegung historisch und in der Gegenwart:

Proletarische Frauenbewegung	Bürgerliche Frauenbewegung
Lohnabhängigkeit und daraus resultierende Forderungen	Das Recht zu arbeiten
Frauenwahlrecht	Damenwahlrecht
Kollektivrechte	Individualrechte
Gemeinsam	Getrennt
Revolution	Reformen

(Hainz und Zangerl 2012)

Eines muss Kommunistinnen im Kampf für die Emanzipation der Frau stets bewusst sein, auch wenn wir für die Verbesserung der Situation der Frau kämpfen: Erfolge unter kapitalistischen Verhältnissen können nur gefeiert werden, wenn entweder der Druck stark genug ist oder es einen Nutzen für die herrschende Klasse hat (Reservearmee, Konkurrenz Aufbau zwischen Mann und Frau, Sicherung der nächsten Generation von ArbeiterInnen, etc.). Gleichberechtigung und Gleichheit sind jedoch in einem kapitalistischen System nicht zu erzielen, Losungen wie „Lieber gleichberechtigt als später“ suggerieren hier zwar fromme Wünsche, sind aber realitätsferne Forderungen. Wie Alexandra Kollontai festhielt: *„Ohne die Befreiung der Frau kein Sozialismus – ohne Sozialismus keine Befreiung der Frau!“* Gleichzeitig wird die Gleichstellung der Frau im Sozialismus auch nicht vom Himmel fallen, sondern Teil des Prozesses sein. Doch nur der Sozialismus bildet die ökonomische Basis für die vollkommene Gleichstellung von Mann und Frau.

Literaturverzeichnis

Bebel, August (1973): Die Frau und der Sozialismus. 62. Aufl. Berlin: Dietz.

Eurostat (2021): Geschlechtsspezifisches Verdienstgefälle. Hg. v. Europäische Union. Eurostat. Online verfügbar unter https://appsso.eurostat.ec.europa.eu/nui/show.do?dataset=earn_gr_gpgr2&lang=de, zuletzt geprüft am 18.03.2021.

Hainz, Astrid; Zangerl, Belinda (2012): Warum die Frauenfrage alle betrifft. Reader der KJÖ.

Losurdo, Domenico (2016): Der Klassenkampf oder die Wiederkehr des Verdrängten. Eine politische und philosophische Geschichte. Unter Mitarbeit von Daniel Bratanovic. Köln: PapyRossa Verlag (Neue kleine Bibliothek, 224).

Lühr, Thomas (2009): Klasse und Geschlecht als Dimensionen kapitalistischer Herrschaft. In: Marxistische Blätter (6), S. 62–69.

Marx, Karl; Engels, Friedrich (1972): MEW 4. 6. Aufl. Berlin: Dietz (Marx-Engels-Werke, 4). Online verfügbar unter https://marxwirklichstudieren.files.wordpress.com/2012/11/mew_band04.pdf, zuletzt geprüft am 18.03.2021.

Marx, Karl; Engels, Friedrich (1975): MEW 21. 5. Aufl. Berlin: Dietz (Marx-Engels-Werke, 21). Online verfügbar unter https://marxwirklichstudieren.files.wordpress.com/2012/11/mew_band21.pdf, zuletzt geprüft am 18.03.2021.

Notz, Gisela (2009): Proletarische Frauen und ihr Weg zum Kommunismus. Hg. v. Linksnet Für linke Politik und Wissenschaft. Online verfügbar unter <https://www.linksnet.de/artikel/25165>, zuletzt geprüft am 26.03.2021.

Statistik Austria (2009): Zeitverwendung 2008/09. Ein Überblick

über geschlechtsspezifische Unterschiede. Online verfügbar unter https://www.statistik.at/wcm/idc/idcplg?IdcService=GET_PDF_FILE&dDocName=052108, zuletzt geprüft am 18.03.2021.

Zetkin, Clara (1889): Für die Befreiung der Frau! Rede auf dem Internationalen Arbeiterkongress zu Paris (19. Juli 1889). Online verfügbar unter <https://www.marxists.org/deutsch/archiv/zetkin/1889/07/frauenbef.htm>, zuletzt geprüft am 18.03.2021.

Zetkin, Clara (1893): Frauenarbeit und gewerkschaftliche Organisation. Online verfügbar unter <https://www.marxists.org/deutsch/archiv/zetkin/1893/11/gewerk.htm>, zuletzt geprüft am 18.03.2021.

Zetkin, Clara (1896): Nur mit der proletarischen Frau wird der Sozialismus siegen. Rede auf dem Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zu Gotha (16. Oktober 1896). Online verfügbar unter <https://www.marxists.org/deutsch/archiv/zetkin/1896/10/proletfrau.html>, zuletzt geprüft am 18.03.2021.

75 Jahre Befreiung von Faschismus und Fremdherrschaft

*Erklärung des Parteivorstandes der Partei der Arbeit Österreichs (PdA)
zum 8./9. Mai 1945, Wien, 8. Mai 2020.*

Der 8. und 9. Mai sind die Jahrestage der bedingungslosen Kapitulation Deutschlands im Zweiten Weltkrieg. Diese Tage bedeuteten 1945, vor 75 Jahren, das Ende des historischen deutschen Faschismus, seines Vernichtungskrieges und seiner Verbrechen. Gleichzeitig markierten sie den Großen Antifaschistischen Sieg der Völker. Die Partei der Arbeit Österreichs hält zu den 75. Jahrestagen folgende Punkte fest:

1. Der 8. und 9. Mai 1945 waren Tage der Befreiung. Wir wenden uns gegen jede Ansicht, die das Ende des Zweiten Weltkrieges in eine Niederlage für das österreichische Volk uminterpretieren will, sei es aufgrund geschichtsrevisionistischer, revanchistischer, antikommunistischer, deutschnationaler oder gar faschistischer Ansichten.
2. Der 8. und 9. Mai brachten das faschistische Herrschaftssystem zu Fall – und damit auch Terror und Verfolgung, Massenmord und Genozid. Die Opfer dieser Verbrechen werden niemals vergessen. Wir erinnern an die ermordeten Juden und Jüdinnen, Roma, religiöse und ethnische Minderheiten, Homosexuelle, Kriegsgegner und Pazifisten, politisch Verfolgte und Gegner des deutschen Faschismus. Wir wenden uns gegen Rassismus und Antisemitismus, Nationalismus und Chauvinismus, Fremdenfeindlichkeit, Diskriminierung und Intoleranz.
3. Der 8. und 9. Mai beendeten die deutsche Fremdherrschaft in Österreich. Der so genannte „Anschluss“ von 1938 basierte auf einer militärischen Okkupation und der folgenden Annexion Österreichs durch Deutschland. Die österreichischen Kommunistinnen und Kommunisten verbanden ihren antifaschistischen Kampf

1938–1945 zurecht mit dem antideutschen Befreiungskampf gegen nationale Unterdrückung. Sie waren auch die einzigen, die sich gegen die falsche deutschnationale Ideologie wandten und die Interessen der eigenständigen, von der deutschen Nation unabhängig entwickelten österreichischen Nation vertraten. Wir vergessen jedoch nicht, dass auch viele Österreicher an den Verbrechen des deutschen Faschismus beteiligt waren.

4. Der 8. und 9. Mai beendeten den bislang größten Krieg der Menschheitsgeschichte mit zig Millionen Toten. Es war ein imperialistischer Krieg, der um Einflussphären, Kolonien, Rohstoffe, Investitionen und billige Arbeitskräfte geführt wurde. Es war ein Vernichtungskrieg mit unzähligen Kriegsverbrechen, der der Auslöschung ganzer Völker dienen und die Überlebenden versklaven sollte. Wir wenden uns gegen Militarismus, Militarisierung und Aufrüstung, gegen neuerliche Kriegstreiberei und imperialistische Aggressionen aller Art. Wir verteidigen den Frieden, die Völkerfreundschaft und das Selbstbestimmungsrecht der Nationen.

5. Auf internationaler Ebene war es vorrangig das Verdienst der Roten Armee der Sowjetunion, den deutschen Faschismus unter immensen Opferzahlen besiegt zu haben. Wir ehren die Opfer und würdigen die ruhmreichen Helden der Roten Armee, der sowjetischen Zivilbevölkerung und der politischen Führung der UdSSR sowie der KPdSU.

6. In den meisten Ländern – auch in Österreich – lag die Hauptlast des antifaschistischen Widerstandes und des nationalen Freiheitskampfes bei der Arbeiterklasse und ihren kommunistischen Parteien, im Untergrund wie in Partisanengruppen. Ihre Tapferkeit und Opferbereitschaft sind unvergessen und ein Vorbild kommunistischer und antifaschistischer Entschlossenheit.

7. Wir würdigen den antifaschistischen Beitrag anderer Widerstandsgruppen, die aus religiösen oder humanistischen Überzeugungen aktiv wurden. Ebenso gilt es, die westalliierten Soldaten der Anti-Hitler-Koalition zu ehren, die ihren Anteil an der Niederrichtung des Faschismus hatten.

8. Wir halten abschließend fest, dass der Faschismus ein unmittelbares Ergebnis der kapitalistischen Entwicklung war und bleibt. Der Faschismus ist die offene, terroristische Diktatur der aggressivsten Teile des Monopol- und Finanzkapitals. Konsequenter Antifaschismus beruht daher unbedingt auf Antiimperialismus und Antikapitalismus. Wer den Faschismus mitsamt seinen Wurzeln ausrotten will, wird diese im kapitalistischen System finden. Eine Welt ohne Faschismus und Krieg wird erst durch den Sozialismus ermöglicht.

Es lebe der Große Antifaschistische Sieg der Völker!

Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus!

Sozialismus statt Barbarei!